Schanzen leben

DM 1.50

Mäaz



Inhalt Achtung · Achtung · 4 Seiten mehr Spende erwünscht

Der neue Personalausweis...



Am 1.April 1987 soll der schon lange angekündigte "Neue Personalausweis" eingeführt werden. Aussehen wird er wie eine etwas zu groß geratene Euroscheckkarte, und das angeblich Wichtigste an ihm (laut Regierung), er soll fälschungssicher sein.

Für uns aber wird eine andere Tatsache viel entscheidender sein. Sämtliche eingetragene Daten (Name, Geb.Datum, Geb.-Ort, Augenfarbe) werden maschinell lesbar !



Was dies für uns im einzelnen bedeutet, soll am folgenden kurz erläutert werden.

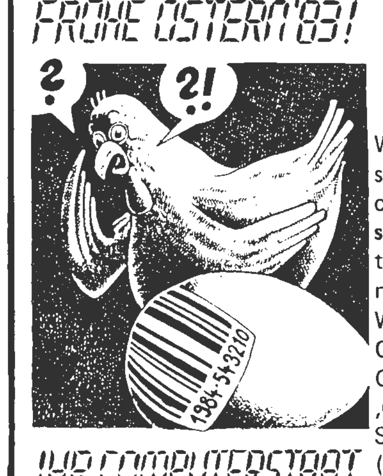
An der Grenze:

Künftig wird grundsätzlich jeder Bundesbürger an der Grenzstation einer routinemäßigen Kontrolle unterzogen – Personalkarte in den Schlitz und weiter geht die Fahrt.
Schneller und umfassender waren an Grenzübergängen Kontrollen noch nie möglich. Natürlich bleibt es nicht dabei, daß irgendein Apparat ‚unsere' Karte nur liest und ganz unbearbeitet wieder ausspuckt. Das Lesegerät stellt in Bruchteilen einer Sekunde eine Verbindung zum sogenannten Polizeilichen Informationssystem (INPOL) her. Name, Geburtsdatum und Geburtsort dienen dazu, den „persönlichen Kontostand" des Ausweisinhabers bei der Polizei zu erfragen. Sollte auf einen Namen noch kein „Konto" eröffnet sein, wird dies bestimmt bald geschehen,

Per Bildschirm bekommt der Grenzbeamte seine Anweisung: z.B.: FESTNEHMEN – KONTROLLIEREN UND DATEN DURCHGEBEN – NÄHERES ERFRAGEN – PASSIEREN LASSEN oder ähnliches.
Diese Angaben können innerhalb von 2-3 Sekunden im gesamten Bundesgebiet empfangen werden.
Da wird jeder, der nicht ein- oder ausreisen darf, zurückgewiesen, jeder, der beim Schmuggeln einmal registriert wurde (und sei es vor 5 Jahren gewesen), geht den Grenzbeamten kein zweites Mal durch die Lappen. Für alle Ewigkeit wird feststehen, wer, wann, wieoft wohin gefahren ist, und natürlich kann bei solcher Gelegenheit noch einiges mehr gespeichert werden, z.B. wer mit wem über welchen Grenzübergang und mit welchem Fahrzeug gefahren ist. Und das alles innerhalb von Sekunden. An der Grenze (und anderswo) wird der Inhalt der Personalkarte um den Inhalt eines gigantischen Datenspeichers erweitert.

Bei der Polizei:

Die neue Personalkarte wird zum Bestandteil des polizeilichen Computersystems, denn auch die Personalien- und Fahrzeugüberprüfungen der Polizei können nach der Einführung massenhafter, weil schneller durchgeführt werden. Bald wird jeder Polizeibeamte mit einem kleinen, handlichen Lesegerät ausgestattet sein (ähnlich einem Handfunkgerät). Auf diese Art und Weise können verhältnismäßig wenig Polizisten, mal eben einen Großstadtbahnhof, eine Einkaufspassage, eine Großveranstaltung usw. usw. „überprüfen" und die „gewonnenen Erkenntnisse" abrufbereit speichern. Karte in den Schlitz – registriert, kontrolliert – nach Sekunden schon darf man und frau weitergehen. Die perfekte Kontrolle, die nicht mehr auffällt. Was da im einzelnen an Informationen über uns im Computer landet (und selbst nach Jahrzehnten wieder ans Tageslicht geholt werden kann), können wir nicht überprüfen! Meist wird ein Polizist „besser" über unsere Vergangenheit Bescheid wissen als wir selbst.
Natürlich werden auch andere Behörden den „neuen Komfort" zu nutzen wissen. Außer den Nachrichtendiensten, die ohnehin weitestgehende Befugnisse haben, werden andere Dateien wie die der Ausländer-, Jugendschutz-, Umweltschutz-, Bau- und Gewerbeaufsicht-, Gesundheitsbehörde und andere mehr den Ausweis zu nutzen wissen, denn laut Gesetz dürfen alle Behörden, die zu einer Gefahrenabweh: da sind, mithilfe der Personalkarte Dateien erschließen (s.o.).



In ein paar Jahren werden wir bei jeder Behörde sozusagen unter derselben „Kontonummer" (Name, Geb.dat, Geb.ort) erreichbar sein. Im Zuge von Amtshilfe oder der sog. Gefahrenabwehr werden die oben genannten Behörden ständig ihre „Erkenntnisse" problemlos austauschen. Es bedarf wohl nicht vieler Phantasie, um sich auszumalen, wie ein so kontrollier-

Im Auge behalten...

tes Leben in diesem Land aussehen mag.
Aber der Verwendungsmöglichkeiten des neuen Personalausweises nicht genug!

Das Sesam Öffne Dich - „Spiel"

Bestimmte Türen in dieser Republik werden sich demnächst nur noch mit Hilfe der Ausweiskarten öffnen lassen. Das entsprechende Lesegerät an der Tür zu installieren, ist kein Problem. Bestimmte Behörden, Flughäfen, Funkhäuser, Gerichte und Betriebe werden sich ohne Ausweiskarte kaum noch betreten lassen. Selbstverständlich werden wir mit „unserem" Kärtchen auch sogleich registriert, sonst hätte das ganze ja auch keinen Sinn!!
Zu wievielen Türen die Karte der Schlüssel wird, ist kaum zu überblicken, kann man doch auch unerwünschten Besuchern den Eintritt verwehren.

Bei privaten Unternehmen:

Der Hersteller des Ausweislesegeräts rechnet damit, ca. 80 000 (in Worten: achtzigtausend) Geräte zu verkaufen, davon entfallen auf die Polizei und Grenzbehörden (erstmal) „nur" 9 000. Die restlichen Geräte werden in anderen Behörden und in der Privatwirtschaft anzutreffen sein.
Scheckkarten und Betriebsausweise werden überflüssig. Bei vielen Firmen werden wir unser „ganz privates Datenkonto" bekommen und wie schon bei den Behörden immer unter derselben Kontonummer: NAME/GEB.DAT./GEB.ORT ....
Mühelos können die Daten ausgetauscht werden, und falls Gefahr im Verzuge ist (und das ist es fast immer), kann natürlich auch die Polizei sich dieser „privaten Datenkonten" bedienen. Dies macht sie heute zwar auch schon, aber mit erheblich mehr Aufwand.
Endlich ist dann von Frau Renate Mustermann, 5.8.58/Bonn nicht nur bekannt, wo sie sich überall aufhält, sondern auch, was sie verdient, was sie einkauft, welche Hobbies sie hat .... und wie sie über manches denkt.
Wer jetzt glaubt, das sei nun doch ein bißchen übertrieben mit den privaten Firmen und so –, der irrt!!!
Private Firmen dürfen den neuen Ausweis zur Einrichtung von Dateien benützen!

Ein ‚geschickt' gemachtes Gesetz:

§4 des oben genannten Gesetzes:
Verwendung im nichtöffentlichen Bereich
Der Personalausweis und der vorläufige Personalausweis können auch im nichtöffentlichen Bereich als Ausweis- und Legitimationspapier benutzt werden.
Die Seriennummer darf nicht zur Errichtung oder Erschließung, der Personalausweis nicht zur automatischen Erschließung von Dateien verwendet werden.

Während also bei der Seriennummer „Errichtung oder Erschließung" verboten ist, ist bei der Verwendung der restlichen Angaben auf der Karte **nur noch** die automatische **Erschließung** verboten. Warum der sog. Gesetzgeber diese Unterscheidung macht, liegt klar auf der Hand: Er will die Personalkarte auch für private Firmen nutzbar machen.
Wie oben schon beschrieben, ist die Seriennummer für die Computerregistrierung überhaupt nicht notwendig. NAME/GEB.DAT/GEB.ORT reichen aus – diese Angaben werden zu ‚unserer' persönlichen Nummer. Denn eine RENATE MUSTERMANN 5.8.58/BONN (RENATE/MUSTERMANN/5/8/58/BONN) wird es wohl ein zweitesmal kaum geben.

Mit der totalen Sicherheit in die 80er und 90er Jahre

Der wichtigste offizielle Grund für die Einführung des neuen Personalausweises soll seine Fälschungssicherheit sein. Mit seiner Hilfe will man der RAF, den Revolutionären Zellen und Rauschgiftbanden endlich habhaft werden. Schon heute bezweifeln Fachleute ernsthaft, daß dieser Ausweis nicht zu fälschen sei. Schließlich werden ständig Banknoten gefälscht. Außerdem liegen die Rohlinge (das Spezialpapier) aus organisatorischen Gründen weiterhin für jeden Einbrecher abholbereit bei den Passämtern herum (Süddeutsche Zeitung 21.9.79). Das entsprechende Gerät, um das Papier in Plastik einzuschweißen, wird sich auch noch auftreiben lassen. Außerdem gibt es da noch einen vorläufigen Personalausweis, einen Reisepaß und viele bunte ausländische Pässe – allesamt, nach der neuen Norm, nicht fälschungssicher.

Zu guter Letzt:

Fraglich wird bleiben, welche unserer Nachbarstaaten „im Zuge der Vereinheitlichung" den neuen Ausweis auch einführen werden. Frankreich hat ihn schon abgelehnt, u.a. weil es einen Mißbrauch bei einer möglichen totalitären Regierung befürchtet.
England und die USA werden ihn Dank ihrer starken Bürgerrechtsbewegung auch kaum einführen. Denkbar wäre es in Ländern wie der Türkei, Süd-Afrika . . . oder ähnlichen.
Und ein Nebenaspekt: Andere Staaten können ‚unser' neues kleines Kärtchen natürlich auch automatisch erfassen!



Die Bundesrepublik Deutschland wird mit Einführung dieser Personalkarte zum Wegbereiter des perfektesten Sicherheits- und Überwachungssystems, das es je auf diesem Globus gab. Selbst die totalitärsten Staaten dieser Erde werden sich nicht rühmen können, eine perfektere Bevölkerungsüberwachungstechnik zu besitzen!
Dieser Ausweis muß unter allen Umständen verhindert werden. Gesetze, die uns nur vor einem Mißbrauch schützen, können jederzeit von jeder Regierung, binnen Tagen, abgeschafft oder verändert werden. Niemand von uns kann wissen, was sich Politiker, nach der Einführung, noch so alles einfallen lassen.
Zuviele unüberschaubare Sauereien sind mit ihm möglich!!!

Das Schanzenviertel muß die Volkszählung boykottieren

Alles was du jetzt sagst, kann später gegen dich verwendet werden!!

ARBEITET IN DEN INITIATIVEN MIT/ SPRECHT MIT NACHBARN UND KOLLEGEN !
Hier Adressen von Boykottinitiativen im Schanzenviertel und Umgebung:

VOBO-INI SCHANZENVIERTEL
jeden Dienstag ab 19.00
Bartelsstraße 27

Mikrozensus-Initiative
Dienstags 20.00
Bartelsstraße 7, Laden

VOBO-INI SCHANZENVIERTEL-WEST
Donnerstags 20.00
Vereinsstr./Ecke Amandastraße
(Laden Hochpaterre)

VOBO-INI KAROLINENVIERTEL
Donnerstags 20.00
Karolinenstraße 2 ("Lets Rock")

INITIATIVE GEGEN DEN ÜBERWACHUNGSSTAAT
Montags 20.00
Bartelsstraße 7, Laden

VOBO-INI ST.PAULI
Donnerstags 19.00
Brigittenstr. 5 Parterre

MONT BLANC

"Montblanc hat seine Abwanderungsgedanken ebenfalls aufgegeben und wird am Farnhornweg Gebäude für Verwaltung und Herstellung neu bauen...Durch die Investition von etwa 34 Millionen Mark werden 547 Arbeitsplätze gesichert und 85 neu geschaffen." (HA 30.10.86)
Im Sommer 1987 soll Baubeginn am Farnhornweg in Eidelstedt sein und 1988 dann der Umzug. Realistische Schätzungen gehen aber erst von 1989 aus. Der Betrieb hat momentan ca. 500 Beschäftigte plus diverse, die bei Produktionsspitzen, neuen Projekten und für den EDV-Bereich über Zeitarbeitsverträge angestellt sind. Arbeitsplätze werden keine neuen geschaffen werden, denn die erwähnten 85 beziehen sich auf das ehemalige Zweigwerk in Wilster, das seit einiger Zeit unter dem Namen 'Surpro' firmiert. Dabei ist es immer noch unklar, ob der Betreib überhaupt in Eidelstedt mit eingegliedert werden soll oder etwa nicht, die Informationspolitik der Geschäftsleitung bewegt sich zwischen 'ja', 'jein' und 'nein'. 80 % der Beschäftigten sind Frauen und die meisten sind darauf angewiesen, nach Feierabend oder, was halt hier im Schanzenviertel möglich ist, in der Mittagspause einkaufen zu gehen. Daraus ergaben sich auch Möglichkeiten, nach der Arbeit noch sich zusammenzusetzen o.ä. Der neue Standort in Eidelstedt ist zwar verkehrsgünstig gelegen (5 Minuten von der S-Bahn), aber er liegt mitten im Industriegebiet, d.h. keine Einkaufsmöglichkeiten, kein soziales Leben und es wird auch kaum noch Kontakte nach Feierabend mehr geben, da ja alle nachhause müssen.
Die Geschäftsleitung hat zugesichert, daß es keine Entlassungen geben wird. Auf der anderen Seite existiert jedoch das Vorhaben, daß der Umsatz wertmäßig in den nächsten fünf Jahren verdoppelt werden soll; dies wird nicht durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze geschehen, sondern durch diverse neue Maschinen, die ja schließlich auch den Umzug notwendig machten. Trotzdem ist eine Forderung für den Sozialplan "3 Jahre keine Kündigung aus betrieblichen Gründen nach dem Umzug". Es wird die Aufgabe der Belegschaft sein, diese Forderung in den Sozialplan hineinzukriegen!
Das Gelände in Eidelstedt wurde eingetauscht gegen die betriebseigenen Flächen und Bauten zwischen Bartelsstraße und Schanzenstraße. Es ist auch ziemlich sicher, daß dabei noch eine Menge Geld an Montblanc gegangen ist, haben sie doch gedroht, nach Schleswig-Holstein abzuwandern. Im Rahmen der Standortpolitik mußten sie ja irgendwie hier gehalten werden.
Was passiert mit den Gebäuden von Montblanc? Das Gebäude am Schulterblatt war angemietet und wird sehr wahrscheinlich wieder vermietet werden. Die Gebäude Bartels-/Schanzenstraße sind in den Besitz der Stadt übergegangen. Es sind 7.000 qm Fläche, die in knapp 2 Jahren frei werden und schon kursieren die ersten Infos, Halbinfos und Gerüchte drum herum. Ein Kaufpreis von DM 3,5 Mio. wird genannt und es gibt auch einige Menschen, die sich eifrig um die Gebäude Gedanken machen. Das Liegenschaftsamt und Bezirksamt Mitte wissen nichts (sagen sie), die Sprinkenhof AG als evtl. Verwalterin weiß auch nicht was wird.

Es geistert die Idee eines "Werkhof Schanzenviertel" durch die Köpfe und es wird von einem "alternativen Jugendhotel" in dem Zusammenhang gesprochen. Und es finden bereits Verhandlungen statt mit der Lawaetz-Stiftung; die Lawaetz-Stiftung wurde vom Senat gegründet und soll die Aufgabe haben, "die vorhandenen Beschäftigungsinitiativen in Hamburg untereinander zu verknüpfen...", weil "viele Projekte aus diesem (alternativen, d. Red.) Sektor finden nicht die Akzeptanz der Behörden,...viele staatliche Initiativen finden nicht die Akzeptanz der "alternativen Zielgruppen", die allein schon zur Bewahrung ihres alternativen Charakters Distanz zum Staat darstellen müssen." (zit. nach einer Bürgerschaftsdrucksache, 11/5727)
Doch dann schauen wir uns in unserem Viertel um und schon sind die Träume wieder da. Selbstverwaltete und selbstbestimmte Arbeitsplätze wie z.B. Tischlereien, Fahrradladen, 'Eine-Welt-Werkstatt', Ausbildungsplätze. Und das in Verbindung mit einem selbstverwalteten Kommunikationszentrum mit Cafe, Veranstaltungsraum, Redaktionsraum etc.
Es gilt, nicht nur irgendwelchen Gerüchten und Halbwahrheiten hinterherzuhecheln und abgespeist zu werden, bis irgendwann vollendete Tatsachen geschaffen sind. Es gibt schon einige Menschen mit Ideen im Kopf wie oben beschrieben und sicherlich noch einige mehr, die wir nicht kennen. Die sollten sich 'mal bei uns melden!

HAUS FÜR ALLE

Haus für Alle heute

Seit 1.11.86 hat das Haus für Alle die 2.Etage in der alten Leihanstalt in der Amandastr. 59 bezogen. Die Räume sind total renoviert worden, an den Wänden stellt zur Zeit eine kurdische Malerin ihre Bilder aus, die Atmosphäre macht einen etwas sterilen Eindruck auf uns. Wir (2 Leute vom Schanzenleben) haben uns mit Barbara und Siegfried, zwei feste Mitarbeiter des Hauses für Alle, in eine Sitzecke verdrückt und klönen 2 Stunden unter anderem über das, was Haus für Alle heute darstellt. Da wir wissen, das viele im Viertel kaum etwas über die Arbeit und die Möglichkeiten in dieser Einrichtung wissen, wollen wir das hier mal ausführlicher darstellen. Wir zitieren dabei aus einer Broschüre des Haus für Alle.

Übrigens werden demnächst weitere Räumlichkeiten in anderen Etagen des Hauses zur Verfügung stehen, sodaß weitere Aktivitäten geplant werden können.
Was uns interessierte:
Was ist aus den Ideen des Haus für Alle, die seit Jahren in unterschiedlichsten Formen durch das Viertel kursierten, was konnte verwirklicht werden , was nicht und zweitens was machen die Leute im Haus für Alle heute praktisch.
Der K(r)ampf um das Haus für Alle begann im Sommer 1979!, als sich Initiativen und Einzelpersonen trafen um über ein Kommunikationszentrum Schanzenviertel zu diskutieren. Daraus bildete sich eine Gruppe, die mit der Forderung nach einem Haus für Alle an die Öffentlichkeit trat.
Grund für die Forderung waren die miserablen Möglichkeiten für Jugendliche und Kinder sich im Viertel zu betätigen, die fehlenden Beratungs- und Kontaktpunkte für ausländische Mitbürger und alte Menschen.
Orte für dieses Zentrum wurden sich viele ausgeguckt,

waren aber nicht durchsetzbar.

Der Kampf beginnt

Forderung für den Charakter des Zentrums war:
"Ein Zentrum in Selbstverwaltung, in dem eine nichtkommerzielle, alternative und generationsübergreifende Beratungs-, Kultur- + Freizeitarbeit stattfinden soll, ausgerichtet an den Lebensbedingungen und den Freizeitinteressen der Bewohner des Viertels, die wir auch sind. Wir wollen kein Renommierprojekt sein."
Wie stellen wir uns das Zentrum vor ? (SL. Februar 80)

Wir wollen nicht immer nur isoliert in der engen Wohnung herumwerkeln oder in der Kneipe herumhängen.Wir wollen

das "Zentrum" zusammen mit den Bewohnern des Viertels gestalten, gemäß Bedürfnissen und Interessen. Es ist dabei möglich, Interessen anderer Bewohnergruppen kennen und respektieren zu lernen,sich wohl zu fühlen in einem Stadtteil, in dem man wohnt und den man durch eigene Aktivitäten mitgestaltet.

Dabei sollten wir versuchen, die besonderen Probleme des Stadtteils anzugehen: das Verhältnis deutscher und ausländischer Bewohner, Verständnis zwischen Jugendlichen und älteren Bewohnern verbessern.

Wenn man in der Freizeit nicht nur konsumiert, so sondern eigene Fähigkeiten und Interessen entdeckt und umsetzt, kann man sich auch anderswo, in Familie, Schule, Betrieb, Altersheim deutlicher und selbstbewußter bewegen. Außerdem nimmt man den Gegensatz zwischen Freizeit"freiheiten" und Alltagszwängen schärfer wahr und entwickelt Handlungsmöglichkeiten, um sich ein Stück Eigenständigkeit zu bewahren.

Wir denken nicht an ein "bloßes" Jugendzentrum, Bürgerhaus oder Freizeitheim im traditionellen Sinne. Alle Altersgruppen sollen sich treffen, vom Kind bis zum Rentner, um in gemeinsamer praktischer Arbeit, Kultur und Freizeitgestaltung (angefangen von Möglichkeiten gemütlich zu klönen, basteln oder reparieren bis hin zu Musik, Film, Theaterveranstaltungen, Arbeitslosenselbsthilfegruppen, Beratungsgruppen in

Wohn- und Mietfragen), Unverständnis, Vorurteile zwischen den Generationen abzubauen. Das Miteinander von Jugen, Älteren und Alten kann man nicht verordnen, sondern es entwickelt sich, wenn man gemeinsame Erfahrungen macht.

Den Anspruch auf Selbstverwaltung halten wir deshalb für wichtig, um im Gegensatz zu Häusern der Jugend oder Bürgerhäusern uns nicht mit einem ganzen Wust von Verwaltungsvorschriften, internen Dienstwegen usw auseinandersetzen zu müssen. Die Entscheidungen über Organisation und Gestaltung der Arbeit wird von uns selbst in die Hand genommen. Im Gegensatz zu einem kommunalen Träger wollen wir nicht an Prestigefragen, Parteirücksichten etc. gebunden sein.

Hausbesetzung Grüner Jäger

Am 29.5.81 kam es zu einem neuen Höhepunkt der Haus für Alle Bewegung. Im Hinterhof vom Grünen Jäger (wo heute noch eine Baulücke ist) kam es zu einer Hausbesetzung.



Zwei Jahre lang war auf alle Initiativen in die Richtung eines Hauses für Alle von den Behörden mit einer Verschleppungstaktik oder mit Angeboten die nicht akzeptabel waren geantwortet worden. (Jugendzentrum, nicht selbstverwaltet etc.)
Die Forderungen und Wünsche nach einem Haus für Alle waren inhaltlicher, politischer und radikaler als 1980. (SL Juli 81)

Die Initiative entstand, weil es noch immer kein (selbstverwaltetes) Kommunikationszentrum im Schanzenviertel gibt, obwohl es dringend notwendig ist. Denn wir haben keine Lust, die ganzen Abende in irgendwelchen Kneipen rumzuhängen. Einige von uns möchten Filmabende organisieren, damit wir nicht für teures Geld in die kommerziellen Kinos gehen müssen; andere suchen Platz, um Volleyball oder Basketball zu spielen; wir stellen uns ne alternative Disco vor, ohne Eintritt und wo auch Gruppen auftreten können, die sonst noch nicht aufgetreten sind; wir wollen Veranstaltungen machen - um uns zu informieren, und damit wir hier im Stadtteil gemeinsam in Aktion treten können (z.B. gemeinsam zu der Demonstration gegen das AKW Krümmel fahren, Informationsstände zu wichtigen aktuellen Themen organisieren, nächstes Jahr, wenn die Wahlveranstaltungen wieder losgehen, geschlossen gegen die leeren Versprechungen der Politiker auftreten; unseren Widerstand gegen unsere Verteibung aus dem Viertel organisieren und Vorstellungen zusammen entwikkeln, wie wir uns ein Leben in diesem Stadtteil vorstellen- schließlich sollten wir die Tradition des Schanzenviertels, welches im 3. Reich ein Zentrum des Widerstandes war, nicht vergessen lassen, sondern fortführen!!!)

Für all solche Vorhaben fehlen uns die Räume. Abgesehen davon, daß es im Schanzenviertel praktisch überhaupt keine nutzbaren Räume gibt, in denen sich mehr als 50 Leute treffen können, wollen wir auch nicht mal hier und mal da ein Treffen machen, sondrn wir wollen ein Zentrum. Denn auch wenn hier noch nicht alles so anonym ist wie in Steilshoop, ist es doch so, daß die verschiedenen Bevölkerungsgruppen unheimlich wenig miteinander zu tun haben. Die Ausländer, die Deutschen; die Jugendlichen, die Kinder, die älteren Leute; selbst die Linken und fortschrittlichen Leute treffen sich je nach politischer Linie in unterschiedlichen Kneipen. Diese Trennung wollen wir mit so einem Zentrum aufheben, weil sie idiotisch ist, und weil wir uns den Sanierungsvorhaben nur widersetzen können, wenn wir uns alle zusammentun.

Am 30. 5. um 4 Uhr 30 wurde die Besetzung von Pawelczyks Knüppelgarden aufgelöst und das Haus kurz danach plattgemacht.

Neues Konzept

Im Oktober 81, 5 Monate nach der Besetzung, liegt ein neues, modifiziertes Konzept für das Haus für Alle auf dem Tisch.(SL November 81)

1. Situation im Schanzenviertel
Es gibt hier zwar ziemlich viele Kneipen, um sich abends zu treffen, zu klönen, Geld auszugeben, halt zu konsumieren. Welche Möglichkeiten gibt es sonst für Jugendliche, Kinder, Ausländer und Ältere?
Im Grunde genommen gar keine. Die ursprünglichen Gegebenheiten im Stadtteil (z.B. kleine Läden, Handwerksbetriebe, einfache Kneipen etc.) sind und werden auch weiterhin durch die Politik des Senats und der Stadt zerstört. Man setzt uns statt dessen teure Boutiquen, Supermärkte, Sex-Shops, teure Restaurants und Vergnügungsviertel vor die Nase. Damit nicht genug. Unser billiger Wohnraum wird entweder ganz abgerissen oder so saniert, daß wir die Mieten im Endeffekt nicht mehr tragen können. Immer sind dadurch die sozial Schwächeren betroffen und müssen raus aus dem Stadtteil, rein in die Betonwüste (Mümmelmannsberg, Steilshoop, Osdorfer Born etc.). Wie soll das in zehn Jahren aussehen?

2. Wer sind wir?
Die Initiative ein Haus für Alle besteht seit fast einem Jahr. Wir haben versucht, durch Infostände und Veranstaltungen die Diskussion über ein Kommunikationszentrum im Schanzenviertel zu verstärken, und wir haben durch die Hausbesetzung am Grünen Jäger unsere Forderung praktisch durchzusetzen versucht. Wir alle wohnen im Schanzenviertel (oder nähere Umgebung) und arbeiten in den verschiedensten Initiativen mit: Friedensinitiative, Gruppe für alternative Medizin/Akupunktur, Redaktion Schanzenleben, Gefangenenselbstinitiative....

3. Wofür brauchen wir das Zentrum?
a) besonders für die Initiativenarbeit benötigen wir dringend ein Zentrum:
- bislang fehlen Räume, um sich zu treffen - teilweise treffen sich Inis in Kneipen und sie müssen oft den Versammlungsort wechseln.
- es gibt praktisch keinerlei Räumlichkeiten im Viertel für größere Versammlungen und Veranstaltungen.
- Wir haben in letzter Zeit angefangen, die Arbeit der Initiativen zusammenzubringen: so gibt es inzwischen ein regelmäßiges Treffen und die gemeinsame Zeitung. Wir brauchen ein Haus für Alle, um diese Zusammenarbeit effektiver zu machen:
* Als Treffpunkt, für Erfahrungsaustausch unter den Gruppen usw.
* Als Anlaufstelle für Bewohner des Viertels, die sich informieren oder an unseren Aktivitäten beteiligen wollen,
* als Ausgangspunkt für gemeinsame Kampagnen, z.B. gegen die geplante Sanierung, gegen den beschlossenen Abbau der Sozialleistungen, gegen Kriegsgefahr und alle anderen Maßnahmen, die uns alle bedrohen.
b) Die vielen Kinderläden und -gruppen sind zu einer ganz wichtigen Einrichtung im Schanzenviertel geworden. Leider fehlen entsprechende Selbsthilfegruppen in anderen Bereichen fast völlig. Gerade hier aber wohnen sehr viele Menschen, die Beratung oder Unterstützung brauchen, wie z.B. Ausländer, ältere Menschen, Arbeislose usw.

HAUS FÜR ALLE

Unsere Vorstellungen von einem Stadtteilzentrum sehen folgendermaßen aus:

- Jede Gruppe, die keine reaktionären, faschistischen oder rassistischen Ziele hat, kann mitarbeiten.
- Unser Haus für Alle muß selbstverwaltet sein. D.h., alle das Haus betreffenden Entscheidungen werden von den Gruppen und Initiativen getroffen, die in diesem Haus arbeiten.
- Träger des Zentrums ist der Verein "Ein Haus für Alle e.V.", der Vorstand ist jedoch in jedem Fall an die Beschlüsse der Vollversammlung gebunden und kann alleine keine Entscheidungen treffen.
- Die Instandsetzungsarbeiten wollen wir selber nach unseren Vorstellungen organisieren. Das hierfür benötigte Geld soll uns die zuständige Behörde zur Verfügung stellen. Wir oder Fachkräfte machen einen Kostenvoranschlag, und auf der Grundlage erhalten wir dann einen Pauschalbetrag, über den wir frei verfügen können.
- Wir wollen keine Sozialarbeiter. Diese haben die Funktion, zwischen dem "Sozialfall" und den staatlichen Institutionen zu vermitteln. Wir sind aber keine Sozialfälle. Wir müssen lernen (wenn wir's nicht schon können), unser Recht eigenständig durchzusetzen, wir brauchen dafür keine bezahlten Vertreter.

Wichtig ist, daß unser Haus für Alle wirklich ein Haus für alle Betroffenen ist und bleibt. Sozialarbeiter stehen in ihrer Funktion ja nicht auf der Seite der Betroffenen, sondern zwischen uns und den staatlichen Institutionen. Deshalb sind sie immer darum bemüht, uns von unseren ursprünglichen Forderungen abzubringen und uns zu Kompromissen zu überreden. Wir wollen aber keine Kompromisse. Wir wollen unser Ziel immer klar vor Augen haben und benennen können. Ob wir uns letztlich durchsetzen können oder nicht, hängt nämlich weniger von unserer Verhandlungsbereitschaft (Kompromißbereitschaft) ab, als von unserer Stärke - daß wir zusammenhalten, uns nicht einschüchtern lassen usw..

- Für unsere Arbeit im Zentrum nötige Gelder, oder die Bezahlung von einer oder mehrerer Personen für die Verwaltung des Haus für Alle werden wir später vielleicht beantragen.

Wir glauben, daß wir sehr wohl das Recht haben, eine bedingungslose staatliche Unterstützung unseres Projektes zu verlangen. Denn seit Jahren ist für die Bewohner des Schanzenviertels praktisch nichts getan worden, und die Lebensbedingungen haben sich immer weiter verschlechtert. Ein Haus für Alle in Selbstverwaltung ist grundlegende Voraussetzung für ein erträgliches Leben im Viertel. Und angesichts der Millionen, die für das (überflüssige) Sportzentrum am Schanzenbahnhof geplant sind, werden ein paar tausend Mark für unser Haus für Alle ja wohl auch noch übrig sein.

Im Mai 82 ist dann klar, daß für ein staatliches und natürlich nicht selbstverwaltetes Jugendzentrum 4,7 Millionen an der Schilleroper ausgegeben werden sollen. Die Luft scheint raus beim Haus für Alle.
Am 26.2. 83 beginnt dann eine neue Phase. Der Verein Haus für Alle wird gegründet. Gefordert wird jetzt ein Internationales Stadtteilzentrum im Viertel.
Schwerpunktmäßig wird Wert auf die Verbesserung der Situation ausländischer Mitbürger gelegt.
Von Selbstverwaltung und Allgemeinpolitik ist keine Rede mehr, dafür mehr von Kultur und erstmals von der Leihanstalt in der Amandastraße.
(SL März 83)

im AWO-Stadtteilladen in der Vereinsstr.30 haben engagierte Leute und Initiativen den lange diskutierten Verein aus der Taufe gehoben und ihn fertig für die Eintragung ins Vereinsregister gemacht! Ein Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit wird es sein, den im Stadtteil und Umgebung lebenden Ausländern, ihren Familien, den Frauen und Kindern bessere Möglichkeiten und Hilfestellungen für ihr Zusammenleben mit der deutschen Umgebung, für die Durchsetzung ihrer eigenen kulturellen, sozialen und politschen Interessen zu geben.
Von vornherein streben wir über unseren Verein eine enge Zusammenarbeit mit den im Stadtteil ansässigen ausländischen Vereinen und Ausländergruppen an; einige von ihnen beteiligen sich ja auch bereits an der Zusammenarbeit mit uns über das monatliche Initiativentreffen, die neu gebildete Vorbereitungsgruppe für die deutsch-ausländische Solidaritätswoche (Stadtteile Eimsbüttel/Schanzenviertel) und sind auch Gründungsmitlieder im Verein "Haus für Alle" geworden.

Über diese Zusammenarbeit wollen wir einen aktiven Beitrag zur Gleichstellung der deutschen und ausländischen Bevölkerung leisten und hoffen, damit langfristig einen Schritt gegen die um sich greifende Ausländerfeindlichkeit- gerade auch im Alltag des Stadtteils - voranzukommen.
ENDLICH die Errichtung eines internationalen Stadtteilzentrums im Viertel, und zwar bietet sich durch Beschlüsse des Bezirkes Eimsbüttel vom letzten Jahr die ehem.Leihanstalt in der Amandastraße an als konkrete Möglichkeit.
Als Arbeits- und Finanzierunggrundlage kann das Senats-Programm für deutsch-ausländische Begegnungsstätten dienen, verbunden mit weiteren kulturellen und Fortbildungs-Förderungen.
Um den Prozeß der Völkerverständigung zu unterstützen, streben die Vereinsmitglieder und anderen Initiativen ein integriertes Modell der kulturellen und sozialen Zusammenarbeit der deutschen und ausländischen Gruppen im Stadtteil an: eigenständige, gemeinsame, wechselseitige, landsmannschaftliche Feste, Veranstaltungen, Kurse, Filme an EINEM ORT,

dem HAUS FÜR ALLE

So ganz geheuer scheint den Initiativen im Viertel der neue Verein nicht gewesen zu sein, denn ihre Haltung ist im Juli 83 eher abwartend als mitarbeitend. Es ist der Zusammenstoß von idealtypischen Vorstellungen der Initiativen aus der Anfangszeit der Bewegung und realen Vorschlägen zu Aktivitäten und kleinen Schritten von Seiten der Haus für Alle Mitglieder und ihrer Zusammenarbeit mit Behörden. Einher ging dies mit weiteren Verzögerungstaktiken der SPD.

Erste Durchbrüche

Im September 83 kam es dann aber doch zu ersten Durchbrüchen, nicht zuletzt weil die SPD ihre Meinung zum Internationalen Stadtteilzentrum geändert hatte. Dies geschah wohl aufgrund der moderaten Haltung des Vereins und seiner begonnenen Arbeit mit ausländischen Mitbürgern, die beraten und denen geholfen wurde.

Die Hilfe geschah, mangels eines festen Ortes, an verschiedenen Punkten, die von Initiativen im Viertel belegt waren/sind.(Kinderzentrum, Margarethenkneipe etc.)
Nach etlichen weiteren Verhandlungen mit Behörden und neuen Zeitverzögerungen bei der Inbetriebnahme des Haus für Alle ist es aber nun in Gange gekommen.

Der heutige Stand

Selbstverwaltet ist das Internationale Stadtteilzentrum nicht, aber das war ja schon 1982 nicht mehr gefordert.
Die heutigen Mitarbeiter führen dies auf eine allgemeine Erschlaffung der Szene zurück die mehr Freiheiten für das Zentrum nicht erlaubten.
Im Haus für Alle arbeiten momentan 3 1/2 Festangestellte und der Rest ABM- Kräfte, die natürlich auch keine kontinuirliche Arbeit garantieren.
Viel Arbeit geht für Verwaltungskram, d.h. Abrechnungen gegenüber den Behörden etc. drauf, was viele Mitarbeiter doch nervt.
Die Isolation vieler Einzelmenschen im Viertel wurde zwar durch Gruppenbildungen (ausländische Frauen, bzw. Mädchen, alte Menschen) aufgelöst, aber das diese Gruppen, außer bei Festen, etwas gemeinsam entwickeln, d.h. die Gruppenisolation aufheben scheint (noch) nicht gegeben.
Es existieren viele Gruppen, wobei aber jede für sich alleine in abgeteilten Räumen zu festen Zeiten etwas macht.
Für Einzelpersonen, die nicht einem Kurs oder einer Gruppe angehören bleiben (bisher) wenig Möglichkeiten zur Entfaltung.

Offene Jugendarbeit soll nicht geleistet werden. Allerdings hat sich die Situation im Viertel durch das HDJ Kinderzentren und Bauspielplatz etwas entspannt.
Gruppen von außen können nach Absprache Räumlichkeiten stundenweise zur Nutzung überlassen werden. Diese Räume können aber, mangels Masse, nicht zur Dauernutzung überlassen werden.
Im Parterre soll es demnächst Räumlichkeiten geben, die als Nachbarschaftstreff zum zwanglosen treffen und klönen geeignet sind. Das Parterre soll später auch, da es recht groß ist, als Veranstaltungsraum genutzt werden.
Trotz der relativen Abhängigkeit von Behördengeldern, hofft der Verein aber seine Projekte durchzusetzen und will es sich auch nicht nehmen lassen, weiterhin gegen Dinge zu protestieren,(z.b. in der Ausländerpolitik) die er für unmenschlich hält.
Skeptisch muß mensch bleiben, ob das Haus für Alle die Gruppen im Viertel, die ziemlich isoliert voneinander arbeiten näher zusammenbringt und ob das Haus für Alle wirklich von "Allen" im Viertel als ihr "Haus", wo ihre Ideen zu verwirklichen sind, angenommen wird.

1. Beratung

"Wurde nach nur achtjährigem Bestehen der ersten Anwerbeverträge mit Italien und Spanien der millionste "Gastarbeiter" mit großem Bahnhof durch Regierende, Behörden und Unternehmer mit großem Presseaufwand geehrt, so schlug 10 Jahre später, hervorgerufen durch die bereits erkennbar gewordene krisenhafte Entwicklung der Marktwirtschaft, das Klima jäh um: 1973 wurde der Anwerbestop verhängt und 1983, in einer Zeit, in der bereits die Enkel der ersten Arbeitsemigranten in der BRD geboren wurden, die die Heimat ihrer Großeltern z.T. kaum gesehen haben und deren Sprache nur noch rudimentär kennen, setzt sich die neue Bundesregierung das Ziel, die Hälfte der hier lebenden Ausländer in ihre "Heimatländer" zurückzuführen und erläßt ein sog. "Rückkehrhilfe-Gesetz".
...In dieser Situation und zusätzlich verschärft durch von Regierungshandeln ermutigte

Ausländerfeindlichkeit in der deutschen Bevölkerung, kann es für eine verantwortungsvolle Beratungstätigkeit nicht darum gehen, quasi als "verlängerter Arm der Behörden" "Gastarbeitern" den Weg zurück zu ebnen, sondern muß es darum gehen, den individuellen Handlungsspielraum herzustellen, in der eine freie Entscheidung für jeden einzelnen erst möglich wird.
Das heißt, es geht einerseits um die weitestmögliche Absicherung der arbeits- und aufenthaltsrechtlichen Situation von Migrantenfamilien und andererseits um Veränderung der Rahmenbedingungen von LEbensperspektiven angesichts einschneidender restriktiver Verwaltungspraxis und weiterhin geplanter Verengung des Ausländerrechts-Rahmens.
....So ging es in der Beratungstätigkeit des vergangenen Jahres einerseits immer wieder um konkrete Einzelhilfen im Durchfinden durch undurchsichtiges Verwaltungshandeln, um die Durchsetzung von Ansprüchen gegeüber Behörden und deren Vertretern, die oft genug das Recht des Geltendmachens von Ansprüchen mit Obstruktion verwechseln oder zumindest als lästig empfinden und immer wieder neue Hindernisse aufbauen.
Andererseits mußte es aber auch darum gehen, deutlich zu machen, daß wir uns mit der immer enger werdenden Schlinge um den Hals "unserer"ausländischen Mitbürger nicht abfinden wollen, daß wir die unmenschliche "Ausländer-raus-Politik" nicht mittragen wollen.
Beratungstätigkeiten des Hauses für Alle sind daher weitestgehend eingebunden in regionale und überregionale Aktivitäten gegen rassistische Entwicklungen in unserer Gesellschaft, gegen ausländerfeindliche Politik und gegen den weitausgreifenden Sozialabbau.
Das Beratungsbüro des Haus für Alle ist in der Vereinsstraße Nr.25, geöffnet Mo-Do von 14-18 Uhr.

2.Frauen

Wer wir sind,was wir wollen.
Wir sind eine Gruppe von deutschen und türkischen Frauen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, über ein Beratungs-, Bildungs- und Freizeitangebot speziell für Frauen die Situation der im Viertel lebenden ausländischen Frauen zu verbessern.
Die Lebenssituation ausländischer Frauen ist insbesondere durch ihre mehrfache Benachteiligung als Ausländerin und als

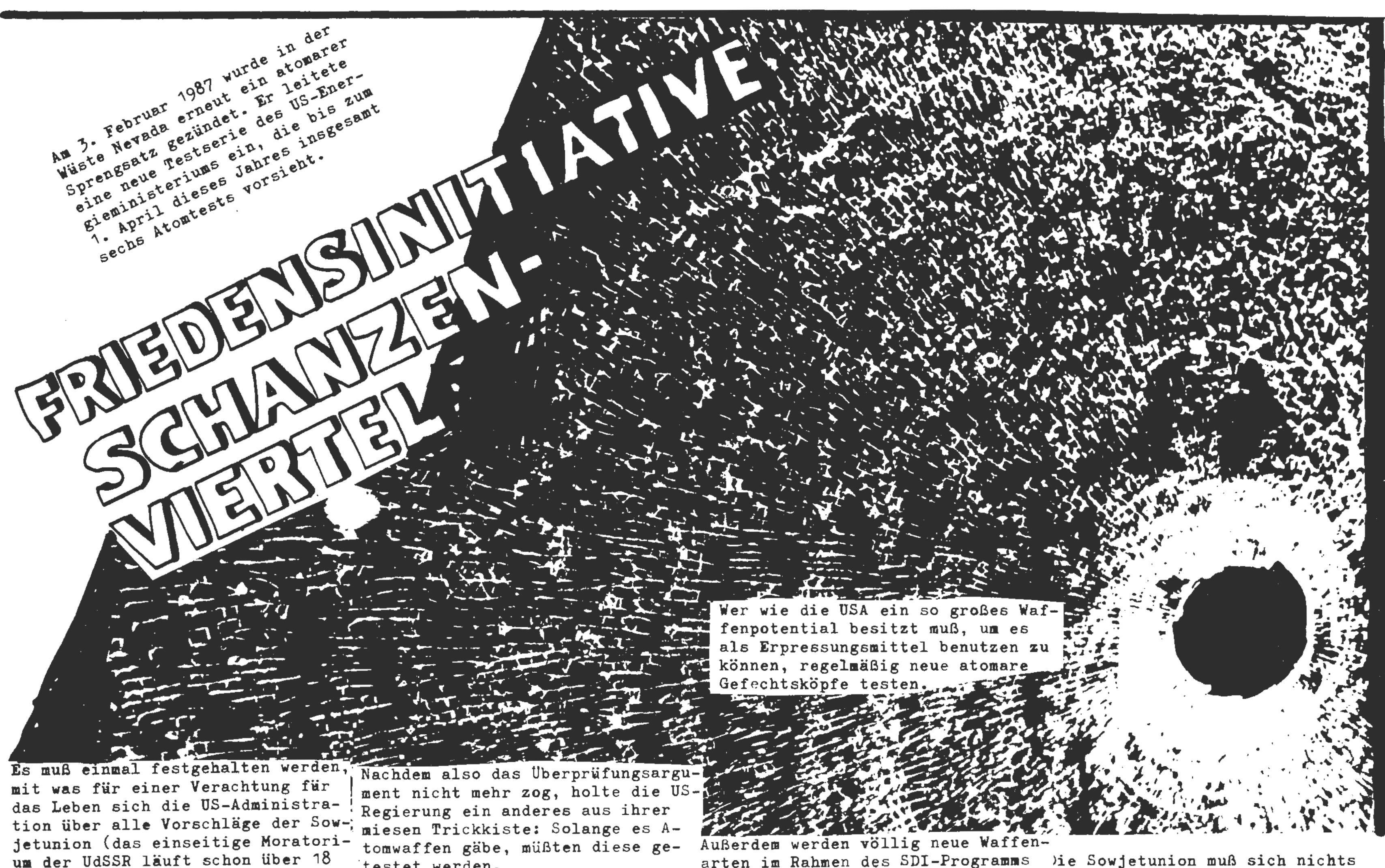
Frau gekennzeichnet und durch geringe Möglichkeiten, dieser zu begegnen. Sprachschwierigkeiten, Normen des Heimatlandes, hohe Arbeitsbelastung, Diskriminierung etc. verhindern, daß Frauen den Familienrahmen verlassen können. Dabei leben viele Ausländerinnen in großer Isolation mit allen bekannten negativen Folgen. Durch offene Angebote und Kurse wollen wir Kontakt- und Austauschmöglichkeiten für die Frauen schaffen um damit ihrer Isolation entgegenzuwirken.
Innerhalb dieser Angebote, also durch Einzel- oder Gruppenberatung wollen wir die Frauen bei der Wahrnehmung und Durchsetzung ihrer persönlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Ansprüche unterstützen.
Zur Zeit läuft für Frauen Folgendes:
-Sprachkurse für Anfängerinnen, Fortgeschrittene und sehr Fortgeschrittene
-Nähkuse (mit und ohne Kinderbetreung) für Frauen und auch für Mädchen.
-Frauentreffpunkt
-Alphabetisierung für Frauen
-Treffpunkt für alleinerziehende Mütter und ihre Kinder
-Mädchengruppe

3.Jugendprojekt

In der Broschüre des Vereins Haus für Alle heißt es, "Unsere Vorstellungen vom Jugendprojekt stellten von Anfang an den Begriff "Arbeit" und nicht "Freizeit" in den Mittelpunkt."
Dies gilt natürlich nicht für die ursprünglichen Vorstellungen für ein Zentrum im Viertel. Inzwischen hat sich allerdings einiges an Selbstinitiative getan, so wird offene Jugendarbeit im Kinderzentrum in der Bartelsstraße und demnächst auch im Jugendclub in der Vereinsstraße praktiziert. Und das jeweils in Zusammenarbeit mit dem Haus für Alle. Auch der Bauspielplatz in der Bartelsstraße muß in diesem Zusammenhang genannt werden.
Das Jugendprojekt im Haus für Alle bedeutet heute (wir zitieren wieder):
"-Vorfeldarbeit mit Abschlußklassen der Hauptschulen im Stadtteil. Die Spannbreite der Arbeit in diesem Bereich wird sich zum Beispiel von der Begleitung der Betriebspraktika der Schüler durch uns über Elternarbeit bis hin zur Einzelfallhilfe erstrecken.
-Werkstattgruppen in der Metall- und der Holzwerkstatt vom Haus für Alle. Die Werkstätten sollen Ort für Projektarbeiten sein. Die sinnlich erfahrbare Arbeit bietet Möglichkeiten der Selbstbestätigung und des Lernens anderer Art als in der Schule, die dem größten Teil der Jugendlichen nur negative Lernerfahrungen vermittelt.
-Die Werkstattgruppen sollen längerfristig die Möglichkeit zu kontinuierlicher Reparaturarbeit wie z.B. bei Fahrrädern haben. Ziele der Werkstattnutzung soll nicht im Vorgriff auf eventuelle Berufsausbildungen das Eintrimmen bestimmter Fertigungsvorgänge sein.
Es geht um die Forderung der Persönlichkeitsentwicklung und die Entwicklung der Fähigkeit, eigene Interessen zu verfolgen und durchzusetzen.
-Kurse zur Vermittlung von Kompetenzen.Grundsätzlich gilt für den Kursaufbau wie auch für die angesprochenen Werkstattgruppen, daß möglichst den konkreten Bedürfnissen der Jugendlichen entsprochen wird. Derzeit reichen die Vorstellungen von Sprachkursen für Jugendliche über Werkstattkurse (handwerkliche Grundfertigkeiten), Schreibmaschinen- und Nähkurse bis zu Reparaturkursen von Haushaltsmaschinen."
Zitat Ende.

Der Verein Haus für Alle hat Einzelpersonen und Gruppen (vor allem ausländische Vereine)als Mitglieder. Mehr als 10 Menschen arbeiten heute im Haus für Alle, davon die meisten auf ABM-Stellen. Das höchste Entscheidungsorgan ist die Mitgliederversammlung, zwischendurch finden noch Teamsitzungen und Aktiventreff statt.

Neben den drei vorher ausfürlicher beschriebenen Schwerpunkten der Beratung, Frauen- und Jugendarbeit, sind noch die Kindergruppe (Hausaufgabenhilfe) und Sprachkurse für Ausländer (auch Männer) zu nennen.



Es muß einmal festgehalten werden, mit was für einer Verachtung für das Leben sich die US-Administration über alle Vorschläge der Sowjetunion (das einseitige Moratorium der UdSSR läuft schon über 18 Monate!) und Mahnungen von Ärzten, Wissenschaftlern und Politikern aus aller Welt hinwegsetzt. Es mag sich keiner der reaktionären Kräfte in den USA und bei uns mehr gern daran erinnern, daß der US-Präsident 1985 sagte, wenn die Überprüfungsbedingungen für ein Testverbot erfüllt seien, dann trete die USA dem Moratorium bei. Westeuropäische und bundesdeutsche Wissenschaftler haben die Überprüfungstechnik in einer Art und Weise verfeinert, daß ein unerlaubter Atomtest bis in alle Einzelheiten kontrolliert werden kann. Die UdSSR machte dann den nächsten Schritt auf dem Weg zu Frieden und Abrüstung. Gemeinsam mit US-Wissenschaftlern stellte sie seismographische Stationen in der UdSSR und um der Welt zu zeigen, daß a) die UdSSR bereit ist, für den Frieden sehr viel zu tun und b) das eine Kontrolle über Atomtests möglich ist!!!

Nachdem also das Überprüfungsargument nicht mehr zog, holte die US-Regierung ein anderes aus ihrer miesen Trickkiste: Solange es Atomwaffen gäbe, müßten diese getestet werden.
Es ist ein Punkt erreicht, wo die US-Regierung immer mehr an Glaubwürdigkeit verliert. Sie hat einfach keine Möglichkeit mehr, über diplomatische Wege Perspektiven für sich zu eröffnen, um ihre Interessen durchsetzen zu können. Sie müssen immer mehr Farbe bekennen!
Warum schließt sich die amerikanische Regierung nicht dem sowjetischen Beispiel an, verzichtet auf weitere Versuche und macht den Weg frei zu einem umfassenden Teststop-Abkommen?

Erst einmal geht es der US-Regierung um militärische Überlegenheit, die sie zu jeder Zeit ausspielen will, ohne auf großen Widerstand zu stoßen.

Außerdem werden völlig neue Waffenarten im Rahmen des SDI-Programms erprobt. Da geht es darum, wie weit die bei Atomexplosionen frei werdenden Röntgenstrahlen durch Laserbündelungen gegen feindliche Raketen im All eingesetzt werden können.
Es geht hier um eine radikale Neuerung, um die zu erforschen und zu erfassen reichen die vorhandenen Computerdaten und Labortests nicht aus. Dazu bedarf es vielmehr einer langen, gründlichen Testserie. Das bedeutet, daß sie für ihre Technologien für Weltraumwaffen und Hochgeschwindigkeitsraketen in den nächsten acht Jahren noch etwa 750 Atomversuche durchführen werden.
Das Unbehagen aber wächst in Westeuropa gegenüber soviel Testgier und irrationaler Politik.
Die Folgen dieser Politik sind unabsehbar. Die ökologischen Schäden in den US-Staaten Utah und Nevada führen zu einer wachsenden Verstrahlung und Verseuchung der dort lebenden Menschen.

Die Sowjetunion muß sich nichts vorwerfen lassen, sie hat ihr Moratorium mehrfach verlängert. Sie tut das, was große Teile der Friedensbewegung immer wieder gefordert haben: Die einseitige Vorleistung. Weltweite Proteste gegen Atomtests und für einen Teststop sind lebensnotwendig, denn jede Atomexplosion birgt ein Tschernobyl in sich und verstrahlt unsere Erde!

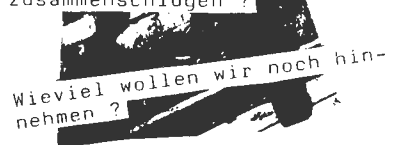
Mo. ab 20^{00} Uhr, Margaretenkneipe

Anm. d. Red.: Obiger Artikel erreichte uns vor dem 26. Februar. Am Morgen dieses Tages beendete die UdSSR das einseitige Moratorium durch einen Atomwaffentest in Kasachstan, Es soll aber nur ein einzelner Versuch und nicht der Beginn einer neuen Testserie gewesen sein.

7. Hamburger Frauenwoche

Hamburger Frauenwoche das 7. Mal. Gewalt und Widerstand ist das Motto. Ein altes Thema, schon hundertmal darüber geredet und gelesen. Aber was hat sich eigentlich verändert ?
Gewalt, Demütigungen erleben wir nach wie vor täglich: miese Blicke, Anquatschen, Anfassen.
Die Frauenarbeitslosigkeit nimmt immer mehr zu, die Herrschenden setzen ihre "Heimchen am Herd"-Politik dagegen und versuchen uns über diese Diskriminierung immer weiter in die gesellschaftliche Defensive zu treiben. Vielzuviele Frauen sind arm in diesem reichen Land und gezwungen, mit ihren Kindern mit Sozialhilfe zu überleben.
Gewalt durch Gen- und Reproduktionstechnologie und Gynäkologie, sexuelle Gewalt und Vergewaltigungen, wobei wir nicht nur die offenen meinen, sondern auch die subtilen, wo wir über Verlustangst unter Druck gesetzt werden.
Gewalt in Beziehungen, egal ob hetero oder lesbisch. Hören wir wirklich zu und gehen aufeinander ein ?
In der szene ist vor allem cool-sein angesagt. Nur nicht zeigen, wieviel Angst ich habe und mich so noch verletzlicher machen. Denn weiß ich, ob ich aufgefangen werde ?Wieviel Power wird verbraucht, um zu verbergen, daß wir nicht klarkommen.
Wo bleibt unsere Wärme, Liebe und unser Lachen ? Was setzen wir einem System voll Gewalt, Härte und Kälte entgegen ?

Und da sind noch die neuen Gesetze, die uns kriminalisieren sollen, viele Genossinnen sind in den Knästen der Folter ausgesetzt. Da sind noch Tschernobyl, Stade, Krümmel, Brockdorf und zuviele andere, da ist tägliche Einnahme von verseuchten Lebensmitteln, da sind unsere häufigen, mysteriösen Krankheiten, da sind Smog und tote Flüsse und Wälder, da gibt es im Moment viele Frauen, die ihr Kind in den ersten Monaten der Schwangerschaft verlieren und da gibt es immer noch den § 218.
Verdammt - da ist soviel Gewalt und wo bleibt unser Widerstand ?
Warum waren nicht alle Hamburger Frauen auf der Demo zur Vergewaltigung und Ermordung von Helga Roberts ?



Warum ist nichts geschehen nach der Walpurgisnacht 86, als uns die Bullen überfielen und zusammenschlugen ?

Wieviel wollen wir noch hinnehmen ?

Wir haben uns gefragt, wozu eigentlich eine woche für Frauen ?

Sie kann nur den Sinn haben, uns gemeinsam bewußter zu werden, unter welchen Bedingungen wir zu leben gezwungen sind. Und da gibt es nur eine Konsequenz: WIDERSTAND, überall, auf allen Ebenen.
Gemeinsam und organisiert !

Frauen, es reicht nicht aus, individuell etwas für sich zu tun. Yoga und Psychogruppen sind wichtig, um Gewaltstrukturen und Entfremdung zu erkennen. Aber das kann nur der erste Schritt sein. Wir können nicht wirklich selbstbestimmt und glücklich leben, wenn um uns herum Gewalt herrscht !

An Widerstandsformen ist alles möglich. Wozu haben wir Phantasie !



Kommt zur Frauenwoche !

Sie findet statt vom 9.3. - 14.3. in der HWP.
In einem Flugi zur Frauenwoche heißt es, das Thema Gewalt und Widerstand wurde gewählt, um uns als Frauen handlungsfähiger zu machen. Nicht mehr nur dulden, hinnehmen und mitmachen. Wir müssen lernen, uns zu WEHREN.

Wir haben mit Andrea und Kerstin von den "Orga-Frauen" gesprochen. 20 Frauen haben seit Mai 86 diese Woche vorbereitet und das hieß für sie Streß, Kraft, Zeit, Nerv und auch Spaß. 90 % davon waren Lesben. Wo waren die anderen Frauen ?
Wir waren erstaunt, wieviel Untergruppen für die Organisation nötig waren: für Öffentlichkeitsarbeit, die Kohlegruppe, für den Bildungsurlaub, für Lay-out, Raum- und Zeitplanung, Foyer und für die Kinderwoche.

Unsere Frage war dann, warum muß die Frauenwoche wieder auf dem Unigelände sein ? Welche Frau findet sich da schon zurecht, wenn sie nicht studiert ?
Die Erklärung war ganz simpel, diese Räumlichkeiten gibts umsonst. Denn Geld ist wenig da. Die Frauenwoche kostet ca. 150.000 Mark, für Plakate, Flugis, viel Porto, Referentinnen, Miete für die Fabrik, W 3, Miete für Videorecorder usw. Der Senat hat nach langen Kämpfen nun endlich 85.000 Mark bewilligt. Die Frauenwoche ist ja auch was anderes als das Frauenfestival, für das locker 500.000 Mark rüberkamen. Fürs nächste Jahr stellte Dohnanyi dafür bereits 1.300.000 Mark in Aussicht. Warum unterstützen die Frauen des Festivals diese offensichtliche Spaltungspolitik des Senats ?Was haben sie eigentlich für Interessen ?

Unsere nächste Frage war, was gab es an Öffentlichkeitsarbeit, da ihr ja alle Frauen erreichen wollt ?
Und da ist einiges gelaufen: Flugis verteilen, Plakate kleben, an Tageszeitungen herantreten und über Handzettelverteilen in den Einkaufszentren.

Viel Nerv gab es dann noch mit der Behörde für Schule und Berufsbildung. Von 112 eingereichten Veranstaltungen wurden nur 56 als Bildungsurlaub anerkannt. Begründung war: Es macht zuviel Arbeit. Warum haben sie dann nicht einfach alles bewilligt ? Hätte viel Arbeit erspart. Trotzdem haben sich 400 Bildungsurlaubsfrauen angemeldet, aus Baden-Würtemberg, Nordrhein-Westfalen, Bremen und Hessen.

Nochmal zum Motto. Die Orga-Frauen haben sich intensiv mit dem Thema Gewalt und Widerstand auseinandergesetzt und waren sich schnell einig: die Frauenwoche darf keinen Jahrmarktscharakter mehr haben.
Es soll nicht mehr vor allem konsumiert werden - sie wollen mit uns in den Seminaren diskutieren und konstruktive Widerstandsformen finden.

Erst nach dem Gespräch mit Andrea und Kerstin und den Auseinandersetzung mit dem Thema bekam die Frauenwoche für uns wieder eine Bedeutung.
Na - und jetzt sind wir tierisch gespannt auf unsere Widerstandformen ... !



Aufruf

Es werden noch dringend Frauen gesucht, die während der Woche mithelfen und die besonders auch bei der Vorbereitung der Abschlußfete dabei sind, möglichst schon Sonntag ab 10.00 Uhr in der HWP.

Und dann: es fehlen noch viele Schlafplätze und viel, viel Kohle !

DEMO: Dienstag, 10.3., 21.00 Uhr - vor einem Jahr wurde Helga Roberts vergewaltigt und ermordet

Diese Veranstaltungen finden wir besonders wichtig:

Anarchismus und Feminismus	Mo-Do, 15-16 Uhr Wiwi 78
2. Volkszählungsversuch	Do, 15-18 Uhr Phil B
Feminismus und Ökologie	Mi, 14-17 Uhr Psych II 4045
Apartheid in Südafrika	Do, 15-18 Uhr HWP S 27
Frauen im Widerstand gegen die Diktatur in Chile	Mi, 17-20 Uhr Wiwi B 2
Frauen in der Dritten Welt. Was können wir tun ?	Di, 14-17 Uhr Wiwi 77



Nachdem der Senat das Radio für kommerzielle Anbieter geöffnet hat,dürfen nun auch nichtkommerzielle Anbietergemeinschaften auf zwei neuen Frequenzen senden.
Der Rahmen wird dabei durch das neue hamburger mediengesetz abgesteckt.Die frequenzen sind offen für Anbietergemeinschaften bestehend aus ortsbezogenen gruppen,Gemeinschaften und Organisationen (keine Parteien),die gemeinnützige Zwecke verfolgen.Eigenwirtschaftliche Ziele dürfen nicht verfolgt werden,wobei Werbung zur Finanzierung neben Eigenmitteln,Spenden und Teilnehmerentgelten erlaubt ist.Außerdem verlangt das Mediengesetz nach einem V.i.S.d.P.,womit die presserechtliche Verantwortung an einer Person kleben bleibt,wenn man das Problem nicht anders lösen kann.Die Meinungsvielfalt soll innerhalb des Programms gesichert sein,also ausgewogen und weggelogen.Ansonsten muß mensch natürlich auf der FDGO stehen und die sonstigen Knebelgesetze akzeptieren.

Hat unter diesen Bedingungen ein freies,radikales Radio überhaupt Chancen sich zu entwickeln?
Klar ist,daß Radio "schwarz-roter Stern" sicherlich nie eine Lizenz bekommen wird.Nur wer sich auf den vorgegebenen Rahmen des Mediengesetzes einläßt,hat gewisse Chancen ab Januar '88 auf Sendung zu gehen.
Aber wird hier nicht ein kleiner Finger gereicht, den wir packen sollten,um möglichst viel daraus zu machen? Oder wollen wir diese Möglichkeit an uns vorbeirauschen lassen,weil wir wissen,daß die zwei neuen Frequenzen ein Alibi für den ganzen Kommerzscheiß sind,der uns täglich die Ohren weichspült und weil durch das Mediengesetz keine radikalen Inhalte rübergebracht werden können.Vielleicht ist aber auch unser Interesse am Medium Radio nicht groß genug,denn es hat nie ernsthafte Versuche gegeben ein freies Radio zu erkämpfen.Frühere Versuche sind eher an mangelnder Resonanz gescheitert, als an den Peilwagen der Post.

Möglichkeiten des Radios:

- Verbreitung von Infos aus Inis und Gruppen,die bisher nur wenigen Eingeweihten und Interessierten zugänglich sind.
- Verbreitung von brandheißen,aktuellen Infos und damit die Möglichkeit schneller und direkter reagieren zu können.
- einfache Zugänglichkeit für viele Menschen über Telefon,offenes Studio und Live-Diskussionen
- Berichte aus sämtlichen Lebensbereichen,indem die Menschen auch selber zu Wort kommen können
- Wir könnten mehr voneinander mitkriegen,wir sind nicht mehr so vereinzelt

Seit Januar treffen sich Menschen und diskutieren, ob diese Möglichkeiten des Radios im Rahmen des Mediengesetzes realisiert werden können.Resultat: Der Versuch soll gewagt werden ein autonomes,selbstverwaltetes und für (fast) jedermensch zugängliches Radio aufzubauen.Basis des Radios sollen die verschiedensten Inis und Gruppen sein.Anfang Februar trafen sich deshalb Vertreter folgender Gruppen:

Schanzenleben, Haus für Alle,W 3,Honigfabrik,Ini gegen den Überwachungsstaat,Schröderstift,MPZ, Jobber u.-Erwerbsloseninitiative,El-Salvador-, Nicaragua-Komitee,Blickwinkel,Dolle Deerns,Frauen helfen Frauen,Aktionszentrum 3.Welt,Deutsch-ausländische Begegnungsstätte St.Pauli,AG Stadtteilkultur,Musikeropposition,u.v.a.

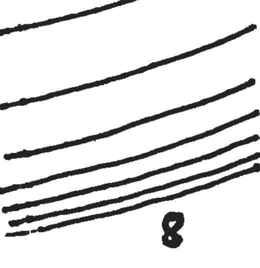
Die Resonanz ist also recht positiv,wobei das politische Spektrum wohl von linksliberal bis linksradikal reicht.

Über folgende Themen wurde auf den Treffen diskutiert

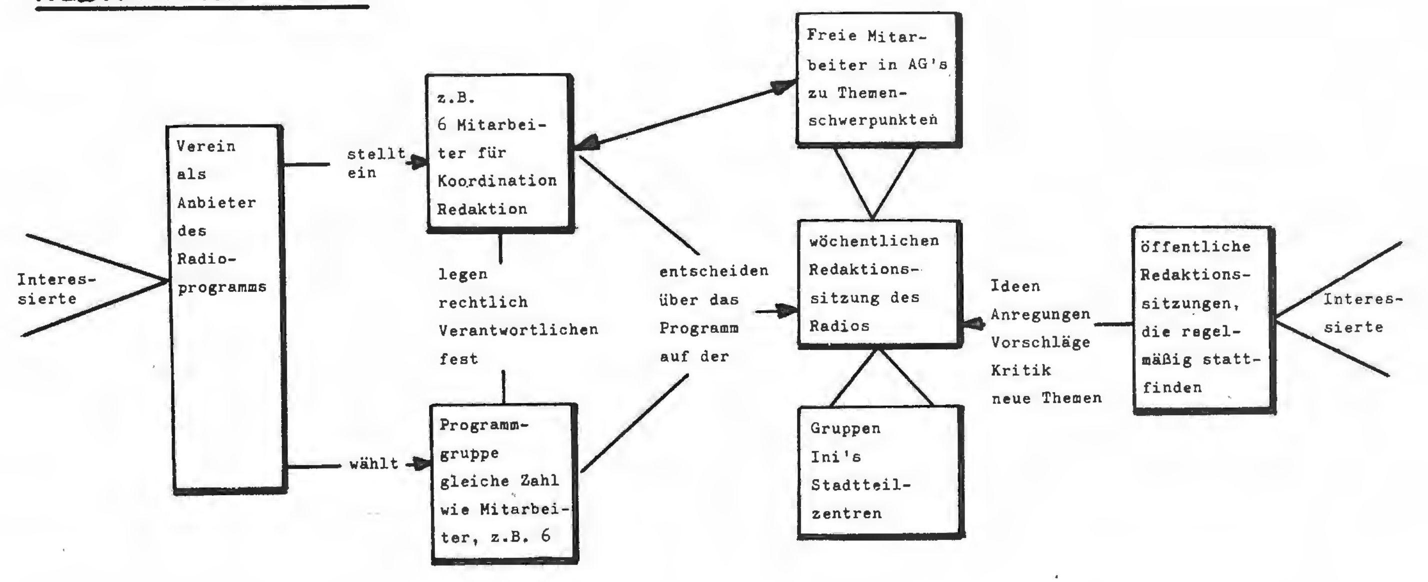
1. Können die Gruppen überhaupt einen kontinuierlichen Sendebetrieb tragen?
   Ein kontinuierliches Programm kann nicht nur mit Beiträgen und Sendungen der Inis und Gruppen gestaltet werden.Das würde in Stadtteilmief und Kleinkram enden.Im Radio muß Platz sein für die vielfältigsten nationalen und internationalen Ereignisse.Um dabei an für uns interessante und wichtige Hintergrundinformationen und -Meinungen zu kommen,müssen neue Informationwege aufgebaut werden.Nur so kann dann weitesgehensd auf den dpa-Ticker verzichtet werden.
2. Eigene Anbietergemeinschaft oder Beitritt zu einer schon bestehenden Anbietergemeinschaft?
   Die Gründung einer eigenen Anbietergemeinschaft hat den Vorteil,daß mensch sich nicht noch mit anderen Gruppen bei der Programmgestaltung rumschlagen muß.Allerdings stehen ja nur zwei Frequenzen zur Verfügung und eine weitere Anbietergemeinschaft erhöht nicht gerade die Chancen auf einen Platz an der Radiosonne.Bis jetzt existieren drei Anbietergemeinschaften.
   - Oxmox,DGB
   - Kommunales Radio HH,Neues Radio Nord,Radio Humme
   - Robin Wood,Umweltakademie,BUND
   Ob und wie eine Zusammenarbeit mit einer der drei Gruppen aussehen kann,ist noch nicht klar.
3. Werbung,ja oder nein?
   Die Meinungen sind geteilt.Radiowerbung ist unerträglich,außerdem kann mensch sich ihr schlecht entziehen.Aber wird mensch ganz auf die Kohle verzichten können? Klar ist:Wenn Werbung,dann so wenig wie möglich.
4. Organisation und Struktur des Radios
   Es wurde ein Verein gegründet,in dem die Interessierten und Gruppen Mitglied werden sollen,Der Verein tritt dann als (Teil-) Anbieter auf. Das Radio wird sich zum grössten Teil über diesen Verein finanzieren müssen (Spenden,Mitgliederbeiträge).Wer wie und was zu sagen hat,ist der Skizze zum Redaktionsmodell zu entnehmen.

Probleme,Konflikte und viele offene Fragen

wird es wohl noch reichlich geben.Der Eintritt in eine schon bestehende Anbietergemeinschaft wird so ein Problem sein.Kann z.B. das Konzept so in eine Anbietergemeinschaft eingehen,wo können Abstriche gemacht werden,wie kann man sich durchsetzen? Ist das Bedürfnis nach so eineem Radio überhaupt vorhanden?Nur wenn sich viele Menschen,Inis und Gruppen aktiv am Aufbau des Radios beteiligen,kann ein interessantes Programm und eine starke Ausgangsbasis (für mögliche "Verhandlungen"mit der HAM und anderen Gruppen)geschaffen werden.
Werden radikale Inhalte wirklich eine Chance haben gesendet zu werden oder werden wir schnell mundtot gemacht vom Staat oder aus den eigenen linksliberalen Reihen?
Wie kann ein interessantes Programm aussehen?
Wie,wann und wo lernen wir mit dem Radio umzugehen oder soll alles ganz spontimäßig ablaufen?Soll z.B. das doppelseitige Flugblatt vorgelesen werden oder muß das noch radiomäßig aufbereitet werden?
Und wenn das Radio dann doch mal am Laufen ist:
Wie werden Prof essionalisierungstendenzen und abgehobene Stellvertreterberichterstattung verhindert?Das Redaktionsmodell scheint mir geeignet solchen Tendenzen entgegen zuwirken,aber nur die aktive Hörerbeteiligung garantiert,daß keine HÖR-Taz entsteht.
Vorstellbar ist auch,daß uns nach einer Anfangseuphorie die Puste ausgeht und was passiert dann?
Also viele Fragen,wenig konkrete Antworten,jeder mensch kann sich mal seine eigenen Gedanken machen.
Nur zu,es werden noch viele Menschen und Ideen gebraucht und vielleicht schaffen wir es unsere Vorstellungen ein Stück weit zu verwirklichen.
Und jetzt noch der Aufruf:



REDAKTIONSMODELL



Vertretet Eure Arbeitsschwerpunkte bei den Vorbereitungen für ein Lokalradio !

Nur durch die Mitarbeit aus den Stadtteilen kann das Radio kritisch und lebendig werden !

Kommt mit Euren Ideen in die AG's !

Werdet Mitglied im Förderverein und unterstützt die Radioarbeit !

Zunächst einmal gibt es folgende AG's die im Büro

F U N K e.V.
Vereinsstraße 26
2000 Hamburg 6
Tel.: 439 80 21

tagen:

AG PROGRAMM	MI 19°°,	Kontakt: Tonny (850 97 10)
AG FINANZIERUNG	DO 19°°,	Kontakt: Dieter (39 21 91)
AG ÖFFENTLICHKEITSARBEIT		Kontakt: Hajo (319 26 19)

Das Büro wird am Mittwoch und Donnerstag von 17°° Uhr an telefonisch erreichbar sein.

RADIO ON !!!!

BAU SPIEL PLATZ

In letzter Zeit wird uns häufig unsere "Uneindeutigkeit" und unser Schweigen vorgeworfen, so z. B. im letzten 'Schanzenleben'. Hier nun eine Stellungnahme und eine kurze Darstellung des gegenwärtigen Standes.
Tatsächlich haben wir uns seit einiger Zeit nicht mehr öffentlich geäußert. Sicher war das nicht richtig, aber es gibt eine einfache Erklärung dafür: Wir haben uns seit 5 Jahren für einen Bauspielplatz im Schanzenviertel eingesetzt und sind nun erstmal etwas deprimiert von dem Resultat. Die unverfrorene Art und Weise der "Beantwortung" der 150 Einsprüche tat ein übriges.
Nun zur "Uneindeutigkeit":
Seit ca. 1 1/2 Jahren wird von uns eine klare Antwort verlangt: Kann man auf halbierter Fläche einen Bauspielplatz betreiben oder nicht? Unsere Antwort darauf war immer und ist es noch: Nein, keinen Bauspielplatz, der diesen Namen verdient. Die zweite Frage war dann immer: Werdet ihr auf verkleinerter Fläche weitermachen? Und auf diese Frage war unsere Antwort tatsächlich nicht eindeutig, und das aus gutem Grund: Was wäre denn passiert, wenn wir z.B. vor einem Jahr klar "Nein" gesagt hätten? Möglicherweise wäre die Fläche ganz ans Gewerbe gegangen, mit einiger Wahrscheinlichkeit hätten die zusätzlichen 400 qm, die wir im Laufe der Verhandlungen noch zugesprochen gekriegt haben, nicht für Kinder zur Verfügung gestanden. Mit Sicherheit aber wäre die Aussicht auf Planstellen in absehbarer Zeit weggewesen. Also haben wir weder eine Blankozusage gegeben noch eine Absage. Wir werden so lange auf einem möglichst großen Teil der Fläche einen Bauspielplatz betreiben wie das geht (bekanntlich soll die Sporthalle frühestens 1988 gebaut werden).

Ich glaube, daß hinter dem Dilemma, vor dem wir standen und stehen, ein grundsätzliches Problem steckt: Alle Initiativen im Kinder-, Jugend- und Sozialbereich, die irgendwie auf staatliche Zuwendungen angewiesen sind, sind letzten Endes erpressbar. Es geht dabei nicht in erster Linie um die ABM-Stellen, die aufs Spiel gesetzt werden, wenn man "kompromisslos" auftritt. <u>Es geht um den Freizeit- und Lebensbereich von Menschen, die sowieso schon benachteiligt sind.</u>
Sollten wir riskieren, daß auch der letzte Rest freier Fläche verloren geht? Wir hätten dann reinen Gewissens der SPD samt Auto-Lobby die Schuld zuweisen können. Aber was hätte das für die Kinder gebracht?
Die Sache ist doch ganz einfach: Wir wollten etwas durchsetzen gegen bestimmte Interessen und haben eine Niederlage erlitten. Nun stehen wir vor der Frage, ob wir den Trostpreis annehmen oder ablehnen sollen. Im Interesse der Kinder werden wir 1987 weitermachen. "Abgefunden" haben wir uns mit der Niederlage noch lange nicht. Wir hatten gehofft, daß das Wahlergebnis eventuell zu einer Überarbeitung des B-Planes führen könnte, aber bekanntlich sieht es im Augenblick für Rot-Grün in Hamburg nicht gut aus. Anscheinend klappt es auch mit Mazda-Urban nicht so ganz reibungslos. Angeblich fordert er für seine jetzige Betriebsfläche in der Weidenallee einen zu hohen Preis. Außerdem weigert sich der Taxenbetrieb neben uns bisher hartnäckig, das Feld zu räumen.

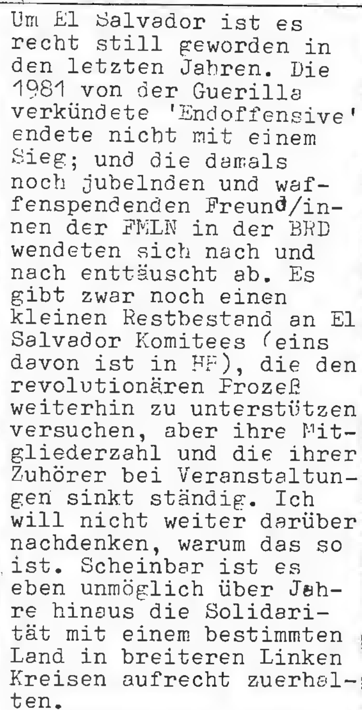
Nun zu unserer gegenwärtigen Situation auf dem Platz:
<u>Das Versprechen, daß mit dem Hausbau notwendigerweise auch Planstellen auf den Platz kommen würden, wurde nicht eingehalten!</u>
So sind wir gezwungen, die ABM-Stellen ins dritte Jahr zu verlängern. Das Risiko ist dabei mal wieder ganz auf unserer Seite.

Falls die Zusicherung, 1988 Planstellen einzurichten, ebenfalls gebrochen wird, müßten wir selber mindestens 1/4 Jahr lang die Kollegen weiterbeschäftigen oder die Gehälter des dritten Jahres ans Arbeitsamt zurückzahlen. (Da zwei der drei Stellen neu besetzt werden, gilt das zwar bloß für die dritte, aber immerhin...)

Leider hören Uschi und Marlies auf. Uschi nach 5 Jahren (!), Marlies nach 2 Jahren. Wenn sie auch im Verein weitermachen wollen, werden sie doch auf dem Platz fehlen! Dabei wären gerade jetzt erfahrene Leute dringend notwendig, da in diesem Frühjahr der Bau des Spielplatzhauses beginnen soll. Irgendwann im Herbst soll es dann fertig sein. Wir werden den Betrieb so gut es geht aufrechterhalten. Eine entscheidende Frage dabei ist, ob Urban jetzt auch mit Bauen anfängt oder nicht. Eine Anfrage der GAL soll mal etwas Licht in die ganze Angelegenheit bringen.
Auf jeden Fall werden wir viele Aktivitäten außerhalb des Platzes entfalten müssen: Z.B. in der neuen Werkstatt im "Haus für Alle" und auf dem Floß. Vielleicht gibts ja auch mal wieder eine spannende Bezirksversammlung? Jedenfalls sind wir fest entschlossen, aus unserem Stimmungsloch wieder herauszukommen.

Helmuth

DER LANGANDAUERNDE VOLKSKRIEG IN EL SALVADOR



Um El Salvador ist es recht still geworden in den letzten Jahren. Die 1981 von der Guerilla verkündete 'Endoffensive' endete nicht mit einem Sieg; und die damals noch jubelnden und waffenspendenden Freund/innen der FMLN in der BRD wendeten sich nach und nach enttäuscht ab. Es gibt zwar noch einen kleinen Restbestand an El Salvador Komitees (eins davon ist in HF), die den revolutionären Prozeß weiterhin zu unterstützen versuchen, aber ihre Mitgliederzahl und die ihrer Zuhörer bei Veranstaltungen sinkt ständig. Ich will nicht weiter darüber nachdenken, warum das so ist. Scheinbar ist es eben unmöglich über Jahre hinaus die Solidarität mit einem bestimmten Land in breiteren Linken Kreisen aufrecht zuerhalten.

Der Krieg in El Salvador ist zu einem Zermürbungskrieg, einem 'langandauefnden Volkskrieg' geworden. Auf der einen Seite steht die Armee, aufgerüstet mit gigantischen Mitteln aus den USA; auf der anderen Seite die FMLN, die trotz dieses schier unerschöpflichen Gegners und einiger innerparteilicher Rückschläge heute schlagkräftiger als je zuvor ist. Seit ca. 3 Jahren ist noch ein neuer Faktor hinzugekommen: die neuerstarkende Massenbewegung in den Städten. Zuguterletzt ist noch Duarte zu nennen, der gepowert von den USA 1984 zum Präsident gewählt wurde und in der westlichen Öffentlichkeit das ramponierte Bild von El Salvador in Hinblick auf Demokratie aufpolieren soll. Seine Basis schwindet jedoch zusehends. Soviel zu den wichtigsten Gruppen, die am Konflikt beteiligt sind.

El Salvador ist das Land, in dem die USA am offensten und mit legaler Unterstützung aus Kongreß und Senat einen Krieg gegen eine Befreiungsbewegung führt. Täglich fließen ca. 2 Mill. Dollar nach El Salvador um die Armee und die schwerangeschlagene Wirtschaft, die durch den Krieg total am Boden liegt, aufzurüsten. Diese Summe ist ein Vielfaches dessen, was die USAin Nicaragua ausgibt; und gemessen an der Größe El Salvadors (etwa so groß wie Hessen)unverhältnismäßig viel. Ziel ist die Neutralisierung, bzw. Vernichtung der Guerilla, damit nicht nach Nicaregua auch noch El Salvador dem Einflußbereich der USA entzogen werden. Würde El Salvador fallen, hätte dies unabsehbare Folgen für Honduras, Guatemala und Mexico.

Unter Reagan arbeiteten die USA einen Aufstandsbekämpfunsplan aus, der als 'Nationaler Plan' bekannt wurde. Nach einer Aufrüstung der Armee sah er auf militärischer Ebene vier Phasen vor:

1. Verjagen oder Vernichten des Gegners aus den Konfliktzonen
2. Errichtung von Wehrdörfern in den gesäuberten Gebieten.
3. Wiederaufbau und Entwicklung der Gebiete
4. Wiederansiedlung von Flüchtlingen

Auf politischer Ebene sollte eine Demokratie installiert werden, die mit kleinen Reformen und einer gewissen politischen Öffnung die beunruhigte westliche Öffentlichkeit besänftigen sollte, um so Gelder für die Counterinsurgency locker zu machen. (Unter Carter waren wegen Verletzung der Menschenrechte die Gelder gestrichen worden).



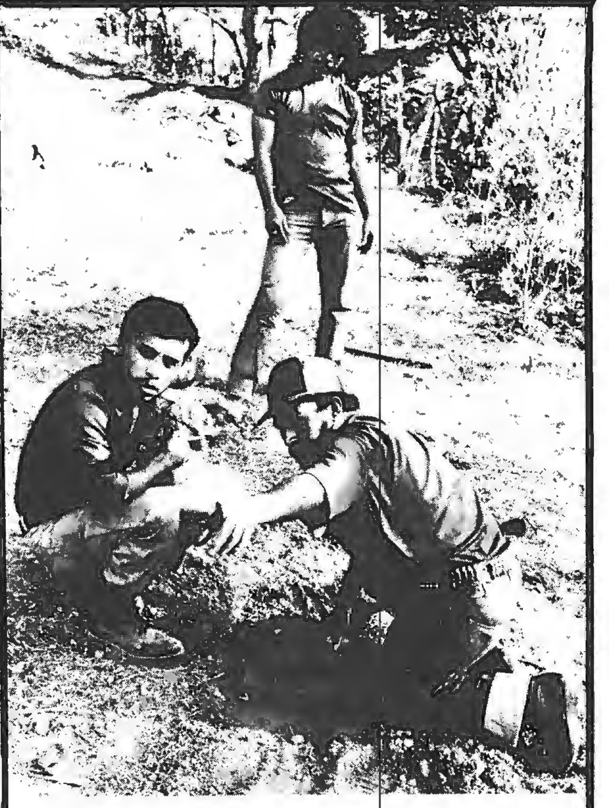
Letzteres gelang: 1984 wurde Duarte zum Präsident gewählt; das Ausland lobte den Willen zur Demokratie, und der Kongreß bewillgte Millionen für Duartes angeblichen Kampf gegen Rechts und Links. Militärisch gelang jedoch nicht einmal die erste Phase. Großaktionen der Guerilla, wie die Zerstörung der Kaserne der 4. Infanterie-Brigade im Sept. '83, veranlaßten die Militärs zum Umdenken. Da man die Guerilla nicht direkt schlagen konnte, wollte man sie nun durch den Entzug ihrer Basis in die Defensive treiben. Dies bedeutete:

1. Zerschlagung der Nachschubwege
2. Ausrottung oder Vertreibung der Zivilbevölkerung aus den Konfliktzonen
3. Bindung oder Neutralisierung der Arbeiterklasse in den Städten durch Aufbesserung des Lebensstandarts an die Scheindemokratie

Die Armee wurde umgerüstet: Aufklärungsflugzeuge, Hubschrauber und Bomber angeschafft. Gleichzeitig begann man mit der Ausbildung von Elitebataillonen. Den modernen Aufklärern, die mit Infrarotgeräten ausgerüstet waren, gelang es zunächst, da sie erstmals die Bewegung der Guerilla bei Nacht orten konnten, einige Nachschub- und Versorgungswege aufzudecken. Auch die nun einsetzenden Massenbombardements der Zivilbevölkerung in den umkämpften Zonen zeigte verheerenede Wirkungen. Von den ca. 5 Mill. Salvadorianern befinden sich mitlerweile ca. 1,5 Mill. auf der Flucht.

Einige fliehen nach Honduras, wo sie in eingezäunten Lagern leben, in denen es auch schon zu Überfällen durch die hondurenische Armee kam. Andere fliehen in die größeren Städte, wo sie das Heer der Arbeitslosen vermehren, oder in dunklen Kirchengemäuern, eng zusammengepfercht, auf ihr weiteres Schicksal warten. Die, die etwas Geld haben, versuchen nach den USA zu fliehen, wo sie meist schon an der Grenze abgefangen und zurückgeschickt werden.

Trotz der anfänglichen Erfolge ging das Konzept der USA nicht auf. Die FMLN reagierte sehr schnell mit einer neuen Strategie der Kreigsführung. Die großen Kampfverbände wurden aufgelöst Man kehrte zu kleinen, mobilen Einheiten zurück, die schwer auszumachen sind und die den Elitebataillonen des Heeres "Tag und Nacht mit Minen, Scharfschützen, Hinterhalten und handstreichartigen Überfällen auf den Fersen bleiben." (IDES, 21.11.86,S.1) Insbesondere das Legen von Minen scheint die Armee in Panik zu versetzen. So kommt es anscheinend häufig zu offenen oder geheimen Befehlsverweigerungen: "... oft kam es zwischen Einheiten der Armee und der Guerilla zu Sichtkontakt, die Patrouillenführer meldeten aber, sie würden jetzt umkehren, in dem betreffenden Abschnitt sei keinerlei gegnerische Präsenz zu verzeichnen." (ebenda, S. 2) Eine weitere Änderung in der Guerillastrategie, die eng



Mit viel Phantasie und einfachen Mitteln machen die Milizen den Regierungstruppen das Eindringen in die kontrollierten Gebiete schwer. An der Herstellung solcher Minen ist das ganze Dorf beteiligt.

mit dem Legen von Minen zusammenhängt, ist die Einschätzung der FMLN, daß, wenn man das Kreigsmaterial des Gegners zerstört, dieses immer wieder, gleich den Köpfen einer Hydra, nachwächst, bzw. von den USA nachgeliefert wird. Was die USA jedoch nicht ersetzen können sind Soldaten. D.h., Daß neben der Sabotage heute ein verstärktes Gewicht auf die Ausschaltung, bzw. Vernichtung der gegnerischen Soldaten gelegt wird.

Durch die neue Strategie hat die Guerilla inzwischen so an Beweglichkeit hinzugewonnen, daß sie nun in fast allen Teilen des Landes operiert.(So soll jetzt auch im Westen des Landes, der traditionellen Hochburg der Rechten, weil dort die großen Plantagen liegen, eine neue Front eröffnet werden. Sie heißt 'Feliciano Ama' und ist Gegenstand der neusten Kampagne in der BRD. Für die Kämpfer/innen wird dringend Geld benötigt. Die Kontonummer ist unter dem Artikel zu finden. Eine Veranstaltung dazu ist für April anvisiert.)

Ein besonderes Gewicht wird jetzt auch auf die politische Schulung der Kämpfer/innen gelegt. Der FMLN ist klar geworden, daß sie den Krieg aufgrund der massiven Unterstützung durch die USA nicht allein auf der militärischen Ebene entscheiden kann, sondern daß er mit einer politischen Arbeit insbesondere in den Städten kombiniert werden muß.

Und gerade dort tut sich etwas, was niemand in dieser Form erwartet hat. Nachdem die Massenbewegung 1980/81 in den Städten in einem wahren Blutbad ertränkt und zerstört wor-

den war, beginnt sie sich nun neu zu formieren. Aus fast allen Bereichen der Gesellschaft kommen Stimmen des Protestes, wird Widerstand organisiert. Im vergangenen Jahr gründete sich die UNTS, ein großer linker Gewerkschaftsdachverband, der Tausende von Arbeiter/inne/n organisiert. Eine wahre Streikwelle erschüttert seitdem die Hauptstadt San Salvador. Angestellte und Arbeiter/innen demonstrieren gleichermaßen. Neben ökonomischen Forderungen werden aber auch stets politische Forderungen gestellt. Einen Hauptkristallisationspunkt für die Massenbewegung aus Kirche, Gewerkschaften, Angehörigen von Verschwundenen oder politischen Gefangenen, Student/inn/en bildet der von der Guerilla vorgeschlagene Dialog und ein damit verbundener Vorschlag für eine 'Regierung der breiten Beteiligung' die für Selbstbestimmung, Frieden und soziale Gerechtigkeit eintreten soll. Zweimal versuchte Duarte den Dialog für sich zu nutzen, indem er zum Schein auf in einging, ihn als seine Initiative darstellte, um so im Volk als Friedensengel dazustehen. Dieses Manöver wurde jedoch sehr schnell von der breiten Masse durchschaut. Für die FMLN ist der Dialog und die Diskussion um seine Formen und Inhalte ein gutes Mittel, ihre Vorstellungen einer breiten Masse nahezubringen und dort zu Verankern. Die FMLN hat grundsätzlich jeden, der ein echtes Interesse an einer Beendigung des Krieges und einer sozialen Ungestaltung hat, zu einer Diskussion um die Plattform eingeladen, was auch überall passiert. So lud z.B. Ende November '86 die Universität von San Salvador zu einem Diskussionsforum ein, das unter dem Motto 'Für Frieden, Demokratie und Selbstbestimmung" stand, und zu dem Vertreter aus allen möglichen Bereichen der salvadorenischen Gesellschaft kamen. Eingeladen waren auch wichtige Verteter aus den USA. Auf einer anschließenden großen Demo in der Stadt waren u.a. folgende Parolen auf den Transparenten zu lesen:

- Für eine Regierung des Volkes und für das Volk
- Wir fordern eine neue Regierung
- Lernen und Kämpfen
- Unsere Kinder verweigern den Militärdienst für Duarte und die USA
- Schluß mit den Zwangsrekrutierungen
- Freiheit für alle politischen Gefangenen
- Wir fordern eine Agrarreform
- Weg mit den Kriegssteuern
- Wir fordern den Dialog
- Schluß mit der Intervention in El Salvador
- Stopp dem Krieg / Stopp den Bombardierungen
- Freie Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Dörfer

Aufgrund des Wiedererstarkens der Massenbewegung und der neuen Strategie der Guerilla, die in erster Linie nicht



mehr auf spektakuläre Großaktionen hinzielt, behauptete ein Teil der Soli-Bewegung hier, daß die Guerilla am Ende sei, daß man einen 'dritten Weg'unterstützen müsse und dieser sei die Massenbewegung. Die Wirklichkeit hat diese Einschätzung gründlich widerlegt. Ganz im Gegenteil ist die Guerilla nicht nur militärisch stärker geworden, sondern hat auch einen entscheidenden politischen Durchbruch in den Städten erreicht. Von der weiteren Erstarkung und Durchdringung beider Seiten wird entscheidend die Beendigung des Krieges abhängen. Mit einer einfachen Absetzung Duartes wird dies allerdings nicht zu erreichen sein. Der Unmut der extremen Rechten und Teilen der Militärs über die Politik Duartes, die ihnen zu lasch erscheint, wächst täglich. Im Moment führen sie einen Angriff gegen sein neues Steuerpaket, welches eine Art Kriegssteuer zur Finanzierung des Antiguerillakampfes beinhaltet. Der Unternehmerverband rief deswegen zu einem Generalstreik auf, der in San Salvador zu ca. 90% befolgt wurde. Zusätzlich wird seit dem 6. Januar das Parlament von den Rechten boykottiert und die Forderung nach einer Absetzung Duartes aufgestellt. Sollten die extremen Rechten wieder an die Macht kommen, werden sie allerdings einem anderen Gegner gegenüberstehen als 1980/81. Damals war die Massenbewegung zwar stark, aber unerfahren. Heute hat sie die Guerilla im Rücken. Stärken wir also die FMLN und die Massenbewegung!

Nicaragua vencio!
El Salvador vencera!

Steh auf
Du, steh auf
erhebe Dich mit mir
kämpfe an meiner Seite
gegen die Spinnennetze des Bösen
gegen das System, das den Hunger verteilt
gegen die Organisation des Elends

Unterstützt den Aufbau der neuen Front der FMLN/FDR im (Süd-) Westen von El Salvador!
Unterstützt die **'FRENTE FELICIANO AMA'** !

Spendet auf das Konto:
Mittelamerika-Sekretariat e.V.
Postgiroamt München
Kto.Nr. 72060-802
Stichwort : Südwestfront

HILFE:
DAS EL SALVADORKOMITEE BRAUCHT DRINGEND NEUE AKTIVISTEN!
TREFF: MITTWOCHS 20 UHR ESG-GRINDELALLEE

27.3.87 VERANSTALTUNG zu EL SALVADOR
BEGINN: 19.30 Uhr in THADENSTR! 130 a
Das neuste VIDEO von RADIO VENCEREMOS

„Waffen für El Salvador"
Postgiroamt Berlin-West
Sonderkonto
288 59-107
Bankleitzahl 100 100 10
Freunde der alternativen Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 65
Kontostand:
4.004.990,60 DM

WEST-SAHARA: DER VERGESSENE KRIEG!

Anfang Februar war ich mal wieder in der Werkstatt 3, um mir einen Film über die Lagerstrukturen und die Rolle der Frau in den Flüchtlingslagern der Polisario in Südalgerien (Tindouf) anzusehen. Ein 30minütiger Film produziert für den WDR, der dort wohl auch im März zu aehen ist. Der erste Eindruck war, daß dies wohl nicht der Befreiungskampf ist, der die bundesdeutsche Linke aktivieren könnte. Ca. 10 Menschen verloren sich zwischen den Stuhlreihen. Es ging halt nicht um Nicaragua oder Südafrika.

Der Befreiungskampf in der Westsahara

Seit über 10 Jahren kämpft das Volk der Westsahara, organisiert in der Befreiungsbewegung Frente Polisario, um sein Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Bis 1975 war das Land im Nordwesten Afrikas eine spanische Kolonie. Als die Spanier sich 1975 auf Druck der *sahrauischen* Bevölkerung und der UNO aus dem Lande zurückzogen, begannen die Nachbarländer Marokko und Mauretanien einen Eroberungskrieg, um sich die reichen Rohstoffvorkommen in der Westsahara anzueignen.

Die Frente Polisario organisierte den Widerstand und proklamierte 1976 die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS). Ein großer Teil der Zivilbevölkerung mußte vor dem Terror der Besatzer (Bombenangriffe auf Flüchtlingslager im Lande) fliehen und lebt seitdem in Flüchtlingslagern in der algerischen Wüste. Dort haben die Sahrauis unter schwierigsten Bedingungen ein Bildungs- und Gesundheitswesen aufgebaut und eine eigene Agrar- und Handwerksproduktion begonnen.
Zugleich haben sie für die Verwaltung der Lager demokratisch



Strukturen geschaffen, die als Modell für die zukünftige befreite Westsahara dienen sollen.
Die militärischen Erfolge der Frente Polisario zwangen Mauretanien 1979 sich aus dem Krieg zurückzuziehen. Mittlerweile hat Mauretanien die DARS diplomatisch anerkannt. Dasselbe wäre vermutlich auch schon Marokko passiert, würde es nicht massiv von den USA und Frankreich unterstützt. So setzt Marokko den Eroberungsversuch fort und hält etwa die Hälfte des DARS-Gebietes besetzt. Im Moment scheint der Kampf etwas zu stagnieren. An Hassans Mauer (König von Marokko) halten sich seine Soldaten auf und bewegen sich kaum darüberhinaus. Zwar kann die Polisarion die Mauer einfach überwinden, aber selber, aufgrund der Materialüberlegenheit des Gegners, keine Geländegewinne machen.
Neuerdings mischt auch Israel in Marokko mit. Mit Experten für Anti-Guerilla Taktik unterstützt Israel die Marokkaner. Dies hat den Sinn, im Kriegsfall mit arabischen Ländern, den Nachschub aus den USA über Landebahnen in Marokko abzuwickeln. Beim Angriff auf den Libanon verweigerten nämlich einige europäische Länder die Kooperation mit Israel in Nachschubfragen.
Weitere internationale Verstrickungen sind die gemeinsamen Manöver zwischen Marokko und den USA zwischen dem 5.-10.11. 86 in der Nähe der Grenze zur Westsahara, oder die Fischfangabkommen Spaniens und Portugals mit Marokko, die jetzt als EG-Abkommen neu anstehen und die Marokko auch auf das Seegebiet vor der saharauischen Küste bezieht, eine der fischreichsten der Welt.
Ein Friedensplan der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) und der UNO, der mit großer Mehrheit - 98 Ja, 44 Enthaltungen, keine Nein-Stimmen, Marokko nicht anwesend - verabschiedet wurde und der direkte Verhandlungen zwischen Marokko und der Frente Polisario, im Rahmen eines Entkolonisationsprozeßes, mit dem Ziel eines Waffenstillstandes und einer von der UNO kontrollierten Volksabstimmung unter den *Sahrauis* verlangte, ist bisher am Widerstand der marokkanischen Seite gescheitert.
Die Demokratische Arabische Republik Sahara wird heute (20.11.86) von 67 Staaten völkerrechtlich anerkannt. Darunter ist allerdings nur ein einziges europäisches Land, nämlich Jugoslawien. Gleichfalls ist die DARS Mitglied der OAU.
Wer mehr wissen möchte, müßte dann mal in der W 3 anrufen und den Termin der Gruppe erfragen.
Für das Sahara-Info von der Gesellschaft der Freunde des Saharauischen Volkes e.V. gibt es eine Kontaktadresse:
Jürgen Taeger, Schlüterstr. 84 HH 13, Tel.: 456 359

Spenden an: Gesellschaft der Freunde des Sahrauischen Volkes e.V., Am Wall 46, 2800 Bremen 1.
Bremische Volksbank
BLZ 291 900 24
Kto.-Nr. 389 99 400

FRÜCHTEBOYKOTT

Verbrauchergemeinschaft für
blutfreie Früchte
Schulterbl tt 90
2000 Hamburg 6

Hambur 16.02.87

Guten Tag, lieber Einzelhändler!

Wir, d.h. eine Reihe von Konsumenten ihres Obstes und Gemüses möchten Sie hiermit ersuchen, Ihr Angebot auf Früchte aus dem Apartheids- und Rassistenregime in Südafrika hin zu untersuchen.
Wie Ihnen sicherlich bereits bekannt ist, gibt es hier eine immer größer werdende Zahl von Konsumenten, die dieses Angebot weder nutzen wollen noch dulden können.
Jede hier abgesetzte Frucht stabilisiert und stützt ein Regime, das die Menschenrechte mit Füßen tritt und diese Repression gar gesetzlich festgeschrieben hat.
Auch wir hier im Stadtteil wollen die weltweite Ächtung dieses rassistischen Regimes hier praktisch anwenden und möchten Ihnen nahelegen, in Zukunft beim Einkauf auf Obst und Gemüse aus solchen offen diktatorischen und faschistischen Regimen wie Südafrika, Chile u.a. zu verzichten.
Wir bedanken uns im voraus

i.A. der
Verbrauchergemeinschaft

AZANIA NOW



ERKLÄRUNG

der Verbrauchergemeinschaft blutfreies obst und Gemüse

Wir haben am Samstag, den 28.2.87, beim Deutschen Supermarkt und einem benachbarten Gemüseladen drei Kisten mit Weintrauben aus AZANIA enteignet und danach auf dem Schulterblatt verteilt.
Wir haben diese Form gewählt, nachdem die entsprechenden Gemüseverkäufer auf einen Brief nicht reagiert haben.
In Flugblättern wurde auf die Situation in Südafrika hingewiesen.
Für uns, als Bewohner dieses Viertels ist es unerträglich, daß die Groß- und Kleinunternehmer immer noch von der blutigen Unterdrückung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit ihre Gewinne machen.

AZANIA NOW !!

SCHLIESSEN SIE SICH DEM BOYKOTT AN!
KAUFEN SIE KEINE FRÜCHTE DER APARTHEID!

Wir stehen mit unserem Boykott nicht alleine! Viele nationale und internationale Organisationen fordern ebenso Boykottmaßnahmen gegen Südafrika bzw. führen sie bereits durch.

Die unterdrückte schwarze Bevölkerung Südafrikas braucht Ihre Unterstützung:

MACHEN SIE MIT!

WAREN-BOYKOTTLISTE

FRISCHOBST	Apfelsinen, Grapefruit, Zitronen, Ananas, Avocados	von	OUTSPAN
FRISCHOBST	Äpfel, Weintrauben, Pflaumen, Pfirsiche, Birnen	von	cape
OBSTKONSERVEN	Pfirsiche, Ananas, Birnen, Guaven, Fruchtcocktails	von	Del Monte, Pearl Reaf, Gold Dish, Karoo, Silverleaf, Canpearl, Madison, Musketeer
SPARGEL		von	IXL, Pride, Donald Cook's
KONFITÜRE	Orange, Zitrone	von	KOO
WEIN		von	KWV u.a.,





Kowalski, Werlandstr. 9, 44 Münster

KAUFT KEINE FRÜCHTE AUS SÜDAFRIKA/AZANIA !

Hamburg ist bundesweit der größte Umschlagplatz von und nach Südafrika. Hamburger Firmen und senatseigene Betriebe profitieren weiterhin von der Unterstützung des Apartheid-Regimes.
1/3 der südafrikanischen Obsternte landet jährlich im Hamburger Fruchtzentrum und wird bei der HHLA (senatseigen) eingelagert.

Auch hier im Schanzenviertel gibt es Firmen und Geschäfte (z.B. SPAR u. DS-Supermarkt) die sich an der Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung in Südafrika/Azania bereichern.

Das südafrikanischje Regime ist weltweit das einzige, das auF offiziellem und gesetzlichem Rassismus beruht.

APARTHEID bedeutet Trennung der Menschen nach ihrer Rasse

APARTHEID bedeutet Ausgrenzung der Schwarzen, Farbigen und Indern als Menschen 2. u. 3. Klasse

ARBEIT, Lohn, Ausbildungschancen und Wohnbedingunghen sind bestimmt durch die Rassenzugehörigkeit.

Immernoch werden über 250 Kinder unter 14 Jahren ohne Anklage in Gefängnissen eingesperrt und gefoltert.
Durch den verschärften Ausnahmezustand werden die täglichen Folterungen und Morde durch Polizei und Militär legalisiert.

UNTERSTÜTZT DIE SÜDAFRIKANISCHEN BEFREIUNGSBEWEGUNGEN !!!

AZANIA NOW !!!

WO SIND WIR JETZT ?!
Das alltägliche Dilemma, den eigenen Standpunkt zu formulieren, konstruktive Kritik an der RAF zu äussern und darüber hinaus, autonome Politik zu entwickeln, wird in unseren Kreisen meist ignoriert. Blinde Solidarität, Phrasendrescherei und inhaltsleere Parolen bestimmen oft die notwendigen Auseinandersetzungen.

ES HERRSCHT RUHE IM LAND !!
Die RAF hat den Innensenator nicht gekillt und somit findet auch keine Auseinandersetzung staat.

Steckt die Zensur in den Köpfen? Die immer wieder durch Sprachlosigkeit gekennzeichnete Kritik an der RAF-Politik, haben Frankfurter Autonome Durchbrochen indem sie dem Schwarzen Faden (1/87) einen Diskussionsbeitrag überlassen haben, den wir im folgenden abdrucken.

★ ★ ★

Wir haben es satt, aus falscher Ehrfurcht und verhängnisvoller Mythologisierung des bewaffneten Kampfes das Maul zu halten. *Für Viele von uns verkörpert die RAF nur noch unseren blinden Haß, jedoch schon lange nicht mehr unsere Utopien von einer herrschaftsfreien Gesellschaft!*

Es ist längst überfällig, den Knoten aus moralischer Verpflichtung, bedingter Solidarität und eigener Feigheit zu durchschlagen, das wirklich Gemeinsame zu benennen, das Trennende klar und eindeutig zu formulieren. Es liegt an uns, ehrlich zu sein, gerade was das »sich-verhalten-zu-müssen« und »irgendwie-solidarisch-zu-sein« angeht. Diese diffuse Haltung täuscht eine Solidarität und eine Front vor, die es seit Jahren nicht gibt. Ein Großteil der moralischen Solidarität bezieht sich *nicht auf die Inhalte und Ziele der RAF*, sondern auf die Gewaltverhältnisse, denen sie – im besonderen Maße – unterworfen ist. Diese moralisch geprägte Solidarität drückt sich vor einer radikalen Auseinandersetzung mit den politischen Inhalten der RAF; sie wird entfacht und erzeugt zu Beginn jedes Hungerstreiks. Und jedes Mal sagen wir uns, daß es notwendig ist, über den Hungerstreik hinaus, eigene antiimperialistische Positionen zu erarbeiten – doch wenn der *Druck* weg ist, verläuft sich die Auseinandersetzung und wir selbst, – bis zum nächsten Hungerstreik!

Die Kritik an der RAF-Politik ist also zugleich eine Kritik an uns selbst; eine Kritik, die unsere Schwäche miteinbeziehen muß, uns offensiv mit der RAF -Politik auseinanderzusetzen (. . .)

Die RAF war notwendig als Versuch, den bewaffneten Kampf zu entwickeln, zu einem Zeitpunkt, wo es pure Spekulation gewesen wäre, über die Erfolgsaussichten bewaffneten Kampfes zu mutmaßen. Sie ist entstanden, als es darum ging, Konsequenzen aus den antiimperialistischen internationalistischen Kämpfen der Studentenbewegung zu ziehen. Der bewaffnete Kampf war sowohl eine Antwort auf das Scheitern und den Zerfall der Studentenbewegung, als auch eine radikale Absage an den »Marsch durch die Institutionen«.

Doch nun existieren 14 Jahre Erfahrungen von bewaffnetem Kampf und wir fragen uns: Wo konnte sich die Guerilla ausdehnen, wo Fuß fassen? Wo gelang es ihr *politisches Bewußtsein* zu verbreitern, Sympathien und Menschen zu gewinnen? Wo hat sich bewahrheitet, daß »die Entwicklung der Klassenkämpfe selbst das Konzept (Stadtguerilla) durchsetzen wird«?

Doch wenn wir ehrlich sind, wissen wir auch nicht, woran wir die heutige RAF messen können. Auf welche politische Theorie bezieht sie sich? Haben für sie die grundlegenden Konzept- und Strategiepapiere der 70er Jahre noch Gültigkeit? Begreifen sie sich auch inhaltlich in dieser Kontinuität? Welche inhaltlichen Neubestimmungen haben sich in den letzten 14 Jahren ergeben? Davon wissen wir verdammt wenig und die heutige RAF offensichtlich auch nicht.

Doch wenn wir davon ausgehen, daß diese Konzeptpapiere in ihren Grundzügen noch Gültigkeit haben, dann können wir nur entsetzt sein, wie wenig die RAF dazu bereit ist, ihre heutige Politik an ihren eigenen Prämissen zu messen. Es hat sich einfach nicht be-

wahrheitet, »daß die Guerilla sich ausbreiten wird, Fuß fassen wird, daß die Entwicklung der Klassenkämpfe das Konzept durchsetzen wird.« (*Der bewaffnete Kampf in Westeuropa, S.402*). Fakt ist doch, daß mehr RAF-Mitglieder tot, im Knast oder ins Ausland geflüchtet sind, als hier in der BRD kämpfen. (. . .) Fakt ist doch, daß die Sympathie, die die RAF noch vor 14 Jahren zumindest in kleinen Teilen der Bevölkerung genoß, geschwunden ist, anstatt zu wachsen. (. . .)

1972 hat die RAF formuliert: »Die RAF redet vom Primat der Praxis. Ob es richtig ist, den bewaffneten Widerstand jetzt zu organisieren, hängt davon ab, ob es möglich ist, ist nur praktisch er ermitteln.« (*S. 354*)

Darauf müßte heute ein Antwort möglich sein. Dabei spielen spektakuläre Einzelaktionen nicht die Rolle, sondern die errungene Fähigkeit, sich im Volk zu verankern, Ausdrucks des Widerstands im Volk (und) eine revolutionäre Alternative gegenüber dem herrschenden System zu sein.

Wenn die Parole der RAF »Dem Volke dienen« auch ein Stück Wirklichkeit meint, dann muß sie auch von denen angenommen werden, für die die RAF kämpft. Doch von all dem ist die RAF weiter denn je entfernt.

(. . .) Der RAF bleibt nur die Anonymität der Großstädte und das Ausland. Da diese Anonymität nun auch allmählich zu schwinden droht, das »Volk« sie eher denunziert als schützt, beginnt eine neue Fluchtbewegung, die politisch als »neue Qualität« desbewaffneten Kampfes verkauft wird: die westeuropäische Guerilla. Doch was hier propagandistisch als neue Phase des Angriffs bezeichnet wird, ist erst mal nicht mehr als eine Überlebensfrage. Denn nicht nur die RAF weiß zu gut, daß es oft einfacher ist, im Ausland unterzutauchen, als in Deutschland selbst. Doch wer sich im Ausland sicherer fühlt als im eigenen Land, der muß nach 14 Jahren endlich die eigenen Politik *grundsätzlich hinterfragen*, anstatt die nationale Schwäche durch die Europäisierung der Schauplätze zu vertuschen. (. . .)

Die westeuropäische Guerilla

So sehr es objektiv stimmt, daß die Internationalisierung der »Innenpolitik«, der Repressionsstrategien und Kapitalakkumulation eine Internationalisierung des Widerstands verlangt, so sehr lenkt gerade der Zusammenschluß von AD, CCC und RAF von der subjektiven Unmöglichkeit ab, den bewaffneten Kampf auf ein »qualitativ höheres Niveau« zu heben. Nicht der Zusammenschluß also, sondern das, was mit diesem vorgetäuscht werden soll, halten wir für einen Bluff, der tödlich sein wird. Denn natürlich werden alle Sicherheitsorgane dieser Länder diese *»neue Stufe des internationalen Terrorismus«* als Alibi begierig aufgreifen. (An dieser Stelle fehlte aufgrund der schlechten Kopie eine Passage; es ging wohl darum, daß sich die Effizienz einer Gruppe oder Bewegung nicht daran messen läßt, wie groß der Repressionsapparat gegen sie wird; eine Feststellung, die sich auch als Selbstkritik der Autonomen, Anarchisten etc. lesen läßt; SF).

Wie wir auch versuchen »zurückzuschlagen«, es ist nie »angemessen«. Je mehr wir dennoch versuchen, angemessen zu reagieren, destomehr verlieren wir das aus dem Auge, worum es eigentlich geht: den Kampf um ein befreites Leben aus den eigenen, kollektiven Erfahrungen und Möglichkeiten zu entwickeln, anstatt ihn der militärischen Logik des Feindes zu opfern. Dies würde zuallererst

bedeuten, die oft Schwindel erregende *Kluft zwischen staatlichem Gewaltmonopol und dem Niveau massenhaften Widerstandes* zu erkennen, anstatt sie wortradikal zu überwinden. (. . .) Die Kluft zwischen wachsendem staatlichen Gewaltapparat und den Erfahrungen und Möglichkeiten massenhaften Widerstands läßt sich weder durch militanteres Vorgehen, noch durch die Zusammenlegung isolierter Guerillazellen auf europäischer Ebene zuschütten. (. . .)

Das »imperialistische Gesamtsystem« oder die politische Analyse als Form der Selbstentwaffnung

In den letzten Jahren tauchte bei der RAF immer häufiger die magische Zauberformel vom »imperialistischen Gesamtsystem« auf. Ein Begriff wie ein *Mülleimer*, in den man alles reinschmeißen kann. Man könnte achtlos daran vorübergehen, doch je öfter wir uns in die Quere kamen, desto klarer wurde, daß dieser Begriff nicht nur eine Zauberformel, sondern auch ein Schlüssel für das antiimperialistische Weltbild der RAF darstellt.

Was ist also dieses »imperialistische Gesamtsystem«?

→

». . . der Begriff der veränderten Bedingung ist: die Ausbildung des Gesamtsystems mit seinem Kern . . . der NATO . . . d.h. Gesamtsystem, das unter der unaufhebbaren Hegemonie des US-Kapitals die konkurrierenden Interessen von Teilfraktionen des Ganzen, ob national oder ökonomisch als Teilfraktion definiert,in der umfassenden Krise der Kapitalverwertung reguliert und gegen den weltweiten revolutionären Prozeß zur Aggression, d.h. zum Versuch der Sicherung der Herrschaft auf neuer Stufe zusammenfaßt . . .« (*Gefangener aus der RAF, 10.4.81*)

Eine imperialistische Weltordnung, die ein klares oben und unten hat, einen Chef, eine Zentrale, einen Plan, ein Ziel, viele Handlanger, Lakaien und Marionetten. Ein imperialistisches Weltgefüge mit entwaffnender Perfektion, mehr *Hollywood* als Pentagon, ohne innere Widersprüche, ohne Führungskämpfe, ohne unterschiedliche Strategien, ohne innere Konkurrenz. Ein *Feind*, so märchenhaft und unwirklich wie sein Gegenbild: die westeuropäische Guerillafront!

So gern auch wir uns oft eine klare Front, einen eindeutigen Feind wünschen, so klar müßten wir uns auch sein, daß dieser Wunsch eher unserer Unfähigkeit als der Wirklichkeit entspringt. Dieses anti-imperialistische Weltbild sitzt in verhängnisvoller Weise dem *Schein*, der *Ideologie* der imperialistischen »Einheit« auf, – anstatt innerhalb ihrer Widersprüchlichkeiten offensiv zu agieren, den Schein imperialistischer Geschlossenheit zu zerstören, anstatt sich selbst daran aufzurichten. Vielleicht genügen einige spektakuläre Ereignisse der letzten Jahre, um deutlich zu machen, daß eine solche Einheit unter dem Oberkommando des US-Kapitals möglicherweise erwünscht, aber noch lange nicht Realität ist:

- der *versuchte* US-Boykott gegen Lybien
- der *versuchte* US-Boykott des Erdgasröhrengeschäfts zwischen europäischen Staaten und der UdSSR
- der *gescheiterte* Versuch, die EG bei der US-Invasion auf Grenada auf Linie zu bekommen
- die *unterschiedlichen* Positionen der EG und der USA zur Nicaragua-Frage
- die *unterschiedlichen* Wirtschafts- und Finanzstrategien zwischen der EG und den USA

(. . .) Was an der *Gesamtsystem*-Theorie aufstößt, ist das macro-politische Weltbild, das kosmo-politische Flair, das zur Mystifizierung des Feindes beiträgt, indem er unverwundbar anstatt angreifbar gemacht wird. (. . .) Wo die Analyse Unterschiede, Risse, Brüche und Widersprüchlichkeiten aufdecken und entfalten soll, da schrumpfen sie in der Gesamtsystemanalyse zu Unscheinbarkeiten und Nichtigkeiten – als käme es auf so hoher Stufe des Klassenkampfes nicht darauf an, die erste Stufe überhaupt erklommen zu haben. Ganz nach dem Motto: Das Große, Ganze im Auge behalten und am kleinen erblinden!

Auch hier wiederholt sich dasselbe Dilemma auf erweiterter Stufenleiter: die Kritik und Strategie wird nicht aus der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Situation des Landes heraus entwickelt, die »Heimat« der Analyse ist die Globalität und Universalität, der *Feldherrenhügel*. Die existierenden politischen, sozialen und kulturellen Widersprüche innerhalb des imperialistischen Blocks werden miniaturisiert, um militärisch klare Ziele zu bekommen.

Das ist der Tod der Guerilla als revolutionäre Befreiungsbewegung.

Denn an der Unterordnung der Politik *unter militärische Gesichtspunkte*, an einer Politik, die nur noch als Rechtfertigung für militärische Strategien dient, erkennt man den **reaktionären** Feind, aber nicht (mehr) eine Guerilla. Die Militarisierung der Politik führt konsequenterweise dazu, sich dem Feind anzupassen anstatt den »Unebenheiten« der politischen und sozialen Verhältnisse

(Noch einmal konkreter:) Es gehe um die »Angleichung der Bedingungen« zwischen den Ländern des imperialistischen Blocks, um »ihr(en) Zusammenschluß zum homogenen konterrevolutionären Block« (*Erklärung der Gefangenen aus der RAF 1977*). Auch hier wieder der starre Blick auf den Kaiser (USA, BRD, Frankreich) und die Blindheit dem Hof gegenüber (Portugal, Irland, Griechenland). Eine Wahrnehmungs- und Denkweise, die hierarchische Strukturen offensichtlich *bereits so verinnerlicht hat*, daß sie das explosive *Gefälle* gar nicht mehr benennen kann. Anstatt dieses ökonomische und machtpolitische Gefälle zwischen den Kern- und den Peripheriestaaten bloßzulegen, um es gegen das »Europaprojekt« zu wenden, wird dieses schlichtweg eliminiert. Eine Feldschlachtlogik, die vor lauter feindlichen Uniformen den Unterschied zwischen Generälen und Soldaten nicht mehr machen kann!

Die Öffnung europäischer Märkte wird also die Unterschiede zwischen den Kernstaaten und den Peripheriestaaten eher vergrößern als verkleinern. Die Schließung oder Stillegung der »unrentablen« englischen Kohlegruben, großer Stahl- und Werftunternehmen, der Niedergang der französischen Stahlindustrie, die Zerstörung billiger Agrarbinnenmärkte (Spanien, Portugal), der »Weinkrieg« sind sehr wahrscheinlich nur ein Vorgeschmack auf die wachsenden Spannungen innerhalb der EG. Wenn da die RAF von der »Angleichung« redet, erliegt sie der Ideologie der EG. Anstatt den Menschen den (Alp-)Traum vom vereinten Europa zu nehmen, treibt sie ihn auf die Spitze!

Nicht weniger peinlich ist die Analogie von der »Angleichung der Bedingungen für das europäische Proletariat« (*Zusammenschlußerklärung AD und RAF*). Man muß kein Wirtschaftsexperte sein, sondern nur aufmerksamer Tourist, um die zum Teil krassen Unterschiede zwischen z.B. einem portugiesischen und einem westdeutschen Bauern, zwischen dem Klassenbewußtsein italienischer und westdeutscher Arbeiter, zwischen spanischer und deutscher Arbeiterkultur mitzubekommen. Die Unterschiede haben sich in den letzten 15 Jahren nicht verringert, sondern verschärft! (. . .) Denn dort, wo die hochtechnologisierten Kernstaaten zum Nachteil der Peripheriestaaten den Einfluß ihres Kapitals und ihrer Herrschaft ausdehnen, dort wird auch das Proletariat in gewissem Maße am Gewinn beteiligt (Lohnerhöhungen, Sozialleistungen, Integrationsprogramme). Dort aber, wo die schwachen Nationalstaaten dem internationalen Konkurrenzdruck unterliegen, wird das Proletariat nur eines voll zu spüren bekommen: die Kosten der Krise, der Kapitalvernichtung, die Sozialisierung privatkapitalistischer Verluste. Was dies für die Lohnabhängigen jener Länder bedeutet, die nicht einmal ein löchriges Netz sozialer Absicherungen haben, können wir nur erahnen.

»Der imperialistische Krieg als Normalzustand«

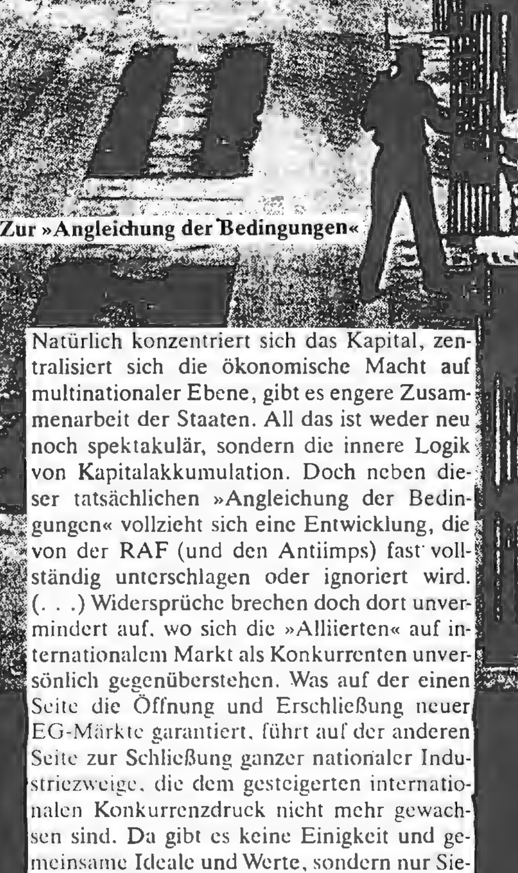
»Ihre Macht ist Militärstrategie, Aufstandsbekämpfung, Maschine – aber hohl, nur Gewalt, sonst nichts. Es ist ihre Reaktion . . .« (*HS-Erklärung Dezember 1984*)

»Ihre Ideologie ist an der Realität des Krieges zerbrochen.« (*Gefangene der RAF, April 1985*)

». . . weil die Militärstrategie zum Angelpunkt geworden ist, ist auch die Politik gestorben bzw. darin kommt sie auf ihren ›reinen Begriff‹ . . .« (*Erklärung der Gefangenen aus der RAF 1977*)

Durch die ganzen Erklärungen der RAF der letzten Jahre zieht sich ein r o t e r Faden: »das imperialistische Projekt des globalen Faschismus«. Dieser kann sich nur noch mit nackter Gewalt, Terror und Vernichtung behaupten, denn die Ideologie vom »freien Westen«, von »Demokratie und Fortschritt« greift nicht mehr in den Köpfen der Menschen. Da der Weltimperialismus unfähig geworden sei, Massenproteste und soziale Unruhen politisch zu integrieren und reformistisch zu entschärfen, bliebe ihm nur noch eine Antwort: Aufstandsbekämpfung nach innen, Krieg gegen das eigene Volk. (. . .) Gegen den Prozeß weltweiter Befreiung setzt der Imperialismus sein »Projekt des globalen Faschismus«, dessen »Hauptmerkmal ist: die militärische Offensive, aus der der Imperialismus als Weltsystem hervorkommen will.« (*Gef. aus der RAF, April 1985*)

Zur »Angleichung der Bedingungen«



Natürlich konzentriert sich das Kapital, zentralisiert sich die ökonomische Macht auf multinationaler Ebene, gibt es engere Zusammenarbeit der Staaten. All das ist weder neu noch spektakulär, sondern die innere Logik von Kapitalakkumulation. Doch neben dieser tatsächlichen »Angleichung der Bedingungen« vollzieht sich eine Entwicklung, die von der RAF (und den Antiimps) fast vollständig unterschlagen oder ignoriert wird. (. . .) Widersprüche brechen doch dort unvermindert auf, wo sich die »Alliierten« auf internationalem Markt als Konkurrenten unversöhnlich gegenüberstehen. Was auf der einen Seite die Öffnung und Erschließung neuer EG-Märkte garantiert, führt auf der anderen Seite zur Schließung ganzer nationaler Industriezweige, die dem gesteigerten internationalen Konkurrenzdruck nicht mehr gewachsen sind. Da gibt es keine Einigkeit und gemeinsame Ideale und Werte, sondern nur Sieger und Besiegte. Die *Europäsisierung der Märkte*, das verschärfte Konkurrenz- und Ausbeutungsverhältnis im internationalen Maßstab, führt also gerade zu wachsenden Ungleichheiten und Ungleichzeitigkeiten

Sicherlich, die Strategie der Konfrontation, der militärischen Eskalation ist nicht zu übersehen (Grenada-Invasion, begrenzte Eskalation gegen Lybien, »verdeckter« Krieg gegen Nicaragua etc.). Doch diese Strategien sind nicht neu und keine Erscheinung der letzen 10 Jahre. Sie sind wesentlicher Eckpfeiler imperialistischer Politik, Krieg als legitimes Mittel der Interessen.

Die entscheidende Frage ist, ob diese militärische Strategie für den Imperialismus das *einzige und letzte* Mittel ist, um sich und seine Maroionetten an der Macht zu halten. So sehr sich der Blick der RAF auf die Waffenarsenale des Feindes reduziert, so wenig führt daran vorbei, daß der Imperialismus *politisch* noch lange nicht gestorben ist. Im Gegenteil: eine Entwicklung, die vor 10 oder 15 Jahren noch undenkbar war, hat sich z.B. in Südamerika vollzogen: der friedliche Übergang von einer Diktatur zur Demokratie nach westlichem Vorbild. So wenig die Militärdiktaturen in jenen südamerikanischen Ländern ohne massive US-Hilfe so lange überlebt hätten, so wenig ist dieser »friedliche Übergang« ohne US-Schützenhilfe denkbar. Der westliche Imperialismus hat also ganz offensichtlich mehr zubieten als nur Waffen und Folterspezialisten.

Die Demokratisierungswelle (Argentinien, Uruquay, Brasilien, Philippinen) unterstreicht vielmehr, daß der Imperialismus eine sich formierende Volksbewegung auch *politisch* bekämpfen kann; nicht, indem sie militärisch zerstört wird, sondern indem ihr das gemeinsame Angriffsziel geraubt wird: der einigende Haß auf die Militärs. Und wenn man sich die Bedingungen in jenen Ländern anschaut kann man wohl sagen, daß die reformistische Strategie von oben den revolutionären Kämpfen von unten um einiges zuvor gekommen ist. (. . .) Wenn also die RAF in ihrer Globalanalyse zu dem Schluß kommt, daß die »Militärstrategie zum Angelpunkt geworden ist, die Politik gestorben ist«, dann verleugnet sie nicht nur die blutige Zerschlagung der revolutionären Befreiungsbewegungen in diesen Ländern (Tupamaros, ERP, Montoneros), sondern auch die Fähigkeit des Imperialismus und der nationalen Bourgeoisie, die Volksbewegung weitgehend politisch zu integrieren, um so vor allem einer revolutionären Alternative den Boden zu entziehen.

So sehr also die RAF den *Reformismus* weltweit gescheitert sieht und für tot erklärt [*vielleicht eine Erklärung, warum sie Reformisten wie v. Braunmühl aussucht? Was nicht tot ist, wird tot gemacht? SF-Setzer*], so lebendig ist er nicht nur in den Köpfen der Herrschenden, sondern gerade auch in den Köpfen der Volksorganisationen. Nicht wenige der noch lebenden Guerilleros/-as sehen in der Demokratisierung von oben eine Chance von unten, den gewonnenen Spielraum für gesellschaftliche Veränderungen zu nutzen. In einer Erklärung der Tupamaros nach Abschluß ihres ersten öffentlichen und legalen Kongresses 1985 halten sie diesbezüglich fest: *»Es besteht Einigkeit darüber, daß wir jetzt unsre Politik im Rahmen der Legalität fortsetzen werden. Wir werden nicht nur die Legalität respektieren, sondern auch keine Aktivitäten unternehmen, die für die Feinde des Volkes Anlaß sein könnten, ihre organisierte Gewalt wieder gegen das Volk zu richten!«*

(. . .) Man vergleiche dazu die heroisierenden Worthülsen der RAF: »In Lateinamerika, das sie 10 Jahre mit Militärdiktaturen überzogen haben zur planmäßigen Liquidierung der gesamten Linken, weil die Guerilla dort eine Massenbasis hatte, sind sie jetzt mit neuen Kämpfen konfrontiert und mit Menschen, die sich keine »Scheinlösungen« mehr bieten lassen, die vor dem Faschismus keine Angst mehr haben, weil ihr Widerstand aus dieser Erfahrung kommt.« (*Gef. aus der RAF, April 1985*).

Ganz falsch: denn gerade die Angst vor dem Faschismus, vor einem neuen Militärputsch bewegt ganz offensichtlich die Mehrheit der Menschen dort, sich erst einmal mit dem Sturz der Militärdiktatur zufrieden zu geben. (Eine vergleichbare Entwicklung war im Spanien nach Franco zu beobachten, wo zunächst – aus rein taktischen Gründen – die Mehrzahl der Bevölkerung eine konservative Regierung wählte; SF-Red.) Und wenn man weiß, daß in diesen Ländern nicht die Militärregimes zerschlagen wurden, sondern sie Guerillabewegungen, dann kann man auch verstehen, warum das Volk mit einer »Scheinlösung« zufrieden ist, anstatt die »neuen Demokratien« offensiv und revolutionär anzugreifen.

Hinzu kommt: Die Zerschlagung der Guerilla in diesen Ländern lag nicht nur an der militärischen Überlegenheit des Feindes: *»Wir haben in der Vergangenheit Fehler begangen. So maßen wir einer einzigen Kampfform, dem bewaffneten Kampf, zuviel Bedeutung bei; wir waren zuwenig in den Massen, in ihren gewachsenenOrganisationen verankert.« (Erklärung der Tupamaros, Dezember 1985)*

Anstatt aus den Fehlern anderer Guerillabewegungen zu lernen, macht die RAF aus diesen Fehlern eine Strategie. (. . .)

»Für diese Art der Vernichtungspolitik bedarf es keiner Gaskammer mehr, die Luft zum Atmen soll durch die Totalität der Isolation systematisch abgedreht werden. Es ist das Gesicht des offenen Faschismus. Es ist so zugespitzt, weil sie jetzt aus der ganzen Entwicklung auf's Ganze gehen wollen. Der Hintergrund des eskalierenden staatlichen Terrors überall, liegt in der Ausdehnung des Widerstands in den letzten Jahren . . .« (*Eine Gefangene aus der RAF, Januar 1984*)

Auch auf die Situation in der Metropole bezogen also derselbe Kurzschluß: Unser und ihr Widerstand ist so stark, daß der Feind nur noch mit den Methoden des offenen Faschismus überleben kann.

Wenn sich in den letzten Jahren irgend etwas ausgedehnt hat, dann doch nicht ihr (oder unser) Widerstand, sondern schlimmstenfalls die militaristische Vision der RAF, vor der »Entscheidungsschlacht« zu stehen. Was zwingt denn den Staat auf's Ganze zu gehen? Die überwiegend toten, in Knästen und im Untergrund isolierten Kader der RAF? Die militante Linke? Die Friedensbewegung? Das Proletariat?

Wie wenig hat der Krieg der RAF mit diesen Verhältnissen und vorallem mit den Menschen darin zu tun, daß sie sich bereits in der letzten Etappe des Krieges wähnt . . . Warum berufen wir uns denn noch auf bestimmte demokratische Rechte, warum verteidigen wir gewisse demokratische Errungenschaften, wenn der »offene Faschismus« bereits an der Macht ist? Warum zielen so viele soziale Bewegungen darauf ab, bestimmte Projekte »politisch nicht durchsetzbar« zu machen, wenn das Politische längst gestorben ist?

Oder aber: Ist die Faschismus-These der RAF ein Versuch, die eigene Liquidierung des Politischen zu rechtfertigen?

(. . .) Wie erklärt sich also die RAF, daß der überwältigende Teil der Friedensbewegung nicht den Krieg bekämpfen, sondern den *Frieden sichern*, sicherer machen will? Belegt nicht gerade die Friedensbewegung die Tatsache, wie viele Menschen nach wie vor an diesem Frieden festhalten wollen, anstatt diesen Frieden für diese Kriege verantwortlich zu machen? So schmerzlich und bedrohlich das auch ist: Der Alltag ist für die Mehrheit der Bevölkerung nicht imperialistischer Krieg an allen Fronten – dieser Krieg ist für sie noch weit weg, im Fernseher, irgendwo auf der Welt, nur nicht hier. Die Kluft zwischen der Wirklichkeit ihrer Kriege und der Wirklichkeit ihres Friedens läßt sich nicht militaristisch überspringen, sondern nur *politisch* bekämpfen. Eine Kluft, die deutlich macht, wie (. . .) stark nach wie vor die politische Akzeptanz des Systems in den Köpfen der Menschen verankert ist. Eine politische Akzeptanz, die nackte Gewalt überflüssig macht (. . .)

Konsequenzen aus dem angeblichen Tod des »Politischen«

Wenn das Politische Gestorben ist, dann zählen nur noch die toten Uniformen. Der US-Air-Base-Anschlag war demnach alles andere als ein »Ausrutscher«; er ist die *logische Umsetzung jener fatalen Fronttheorie* und führt zur *Unkenntlichmachung revolutionärer Politik*.

Als wir von dem Anschlag auf einen Parkplatz innerhalb der Airbase erfuhren, glaubte niemand von uns an eine RAF-Urheberschaft. Selbst als über Radio und Fernseher der gemeinsame Bekennerbrief der RAF und AD bekannt gemacht wurde, vermuteten wir dahinter eine perfekt inszenierte counter-insurgency-Aktion des BKA. Als schließlich das BKA einen Zusammenhang zwischen dem US-Airbase Anschlag und der Ermordung eines GI's in Wiesbaden konstruierte, dachten wir vollends an psychologische Kriegsführung. Denn dieses Horror- und Terror-Gemälde entsprach doch viel mehr den Anleitungen aus dem CIA-Handbuch für die Contras in Nicaragua, als dem – wenn auch rissigen Bild – der RAF. Zwischen fundamentalen Widersprüchen und schlichtem Wahnsinn wollten wir immer noch unterscheiden (. . .

All zu mafioshaft rekonstruierte das BKA den Ablauf: Ein GI wird in einer Wiesbadener Discothek, in der bevorzugt GI's verkehren von einer Frau angemacht. Gemeinsam verlassen sie die Diskothek. Sie gehen in einen Park für Liebespaare. Dort wird der GI später tot aufgefunden, mit einem Schuß ins Genick. Nur seine Identitätskarte fehlte. Früh morgends fährt jemand mit dieser ID-Karte auf's Airbase-Gelände, stellt kurz vor Arbeitsbeginn das Auto dort ab. Um 7.50 Uhr explodiert das Auto, ein x-beliebiger US-Angehöriger wird getötet, mehrere verletzt.

So pervers dieser Zusammenhang auch war, so eindeutig bekannten sich RAF und AD zu diesem Tatablauf: sie ließen der Presse die ID-Karte des hingerichteten GI's zukommen. Und um die letzten Zweifel auszulöschen, kam einige Tage später eine 2. Erklärung der RAF, die sich auf die Kritik der radikalen Linken bezog und auch damit in Rambo-Manier abrechnete: »Für uns sind die US-Soldaten in der BRD nicht Täter und Opfer zugleich, wir haben nicht diesen verklärten sozialarbeiterischen Blick auf sie.« (*2. Erklärung der RAF vom 25.8.85*)

Unmißverständlicher kann man Hard-Core-Politik nicht auf den Punkt bringen. Wer mit der Präzision einer Schrotflinte »alle Soldaten, die im Headquarter oder sonst wo ihren Job machen« zur Zielscheibe revolutionärer Politik macht, der täuscht mit soldatischer Härte nur radikale Konsequenz vor, hinter der sich nichts anderes verbirgt als maßlose Schwäche. Wer seine Angriffsziele so *genau* bestimmt, daß es alle Soldaten trifft, der nimmt *wahllos* Opfer in kauf. Wer *unterschiedslos* alles Personal auf US-Territorium zum Tod verurteilt, der ist nicht revolutionär, sondern terroristisch. (Hinzugefügt sollte an dieser Stelle werden, daß solch eindeutiger Terrorismus etwa Bombenanschläge auf Bahnhöfe, Münchner Oktoberfest etc. in der älteren und jüngsten Geschichte nie von links praktiziert wurde, ein echtes Novum also; SF).

»Wir wollen aber festhalten, daß die Revolutionäre Aktionen vermeiden müssen, die der Feind gegen sie ausspielen kann: z.B. einen Mann zu töten, nachdem sie ihn gefangengenommen hatten. Wir haben dererlei nie getan, wie empört wir auch über die Grausamkeit des Feindes waren; . . . denn es ist ein Fehler, sich der Methoden zu bedienen, die die öffentliche Meinung dem Feind zuschreibt . . . (*Fidel Castro, Rede vom 13.3.1967, bezugnehmend auf die Ermordung eines Funktionärs der venezuelanischen Regierung durch die Nationale Befreiungsarmee Venezuelas*)

Der K r i e g als schmutziges, hartes Geschäft muß bei der RAF für etwas herhalten, was ihr in ganz entscheidendem Maße fehlt: revolutionäre Moral und politische Stärke.

Oder hat die Guerilla in El Salvador auch diesen verklärten, sozialarbeiterischen Blick, wenn sie sehr wohl zwischen Offizieren und einfachen Soldaten unterscheidet, wenn sie jedem Soldaten beste Behandluung zusichert, der sich ergibt, wenn sie einzelne Soldaten auch dadurch entwaffnet, indem sie ihnen eine menschliche Behandlung garantiert, die sie innerhalb der Regierungsarmee nie erfahren haben? Zeugt es von militärischer Schwäche oder politischer Stärke, wenn die von der Guerilla gefangengenommene Tochter Duartes nicht ermordet, sondern durch die von der Luftwaffe bombadierten und zerstörten Dörfer geführt wird, damit sie nach ihrer Freilassung vor der nationalen und internationalen Presse etwas mit eigenen Augen bestätigt, was ihr Vater und das gesamte Militär unentwegt leugnen: der ungebrochene, mörderische Krieg gegen die Zivilbevölkerung, auch und gerade unter einer zivilen, christdemokratischen Regierung. Spielt nicht gerade die Politik des revolutionären Beispiels eine entscheidende Rolle bei der Desertation, bei dem rapiden Verfall der Kampfmoral innerhalb des salvadorischen Heeres? Die moralische und politische Zersetzung des Feindes — gearde auch durch das eigene, beispielhafte Verhalten, ist eine viel wirkungsvollere Waffe als der Genickschuß. (. . .)

RAF und Widerstand — eine Front-Attrappe

»Die imperialistischen Staaten können aus ihrer substanziellen Instabilität und dem fortschreitenden Verlust ihrer Legitimität *nur noch* ihre Potenz zu Herrschen demonstrieren. Sie sind heute mit der Tatsache konfrontiert, daß *sie für keine einzige ihrer Maßnahmen einen passiven Konsens haben.*« (*Gemeinsame Erklärung der RAF und AD*)

Entwaffnender kann die RAF kaum noch formulieren, daß sie mit dem »Widerstand« nichts zu tun hat. Wer in der Globalität der Kriegsschauplätze zuhause ist, der ist sich offensichtlich dafür zu schade, Eindrücke und Erfahrungen vor Ort zu machen. Denn wenn es eine ganz zentrale Erfahrung in unserem Widerstand gibt, dann die, daß viele — auch von uns — noch lange nicht mit diesem System gebrochen haben. Die Massenbewegungen, ob AKW, Frieden oder Startbahn sind nicht alleine an der Brutalität des staatlichen Gewaltmonopols zerbrochen, sondern an unserer Unfähigkeit, den Bruch mit diesem System *massenhaft* zu vollziehen. Der passive Konsens, die Sicherheiten des bürgerlichen Lebens, die Angst, einen Schritt weiter zu gehen, die Annehmlichkeiten, die das System trotz aller Krisen bietet, waren meist doch stärker, als unser Versuch, unser Leben auf allen Ebenen zu radikalisieren. Wieviele sind denn noch im Widerstand, die 1968 gegen das Establishment revoltierten, die 1970 revolutionäre Betriebsarbeit gemacht und 1972 Häuser besetzt hatten? Machen wir uns doch nichts vor, die Mehrzahl ist schon lange nicht mehr im Widerstand, sondern auf dem Weg ins Establishment oder auf dem Weg zur Arbeit! Während die Utopien wie schwarze Lederjacken auf dem Bügel hängen, . . .»klingeln morgens wieder verstärkt die Wecker bei den Linken, gähnen unausgeschlafene Gesichter in die blinden WC-Spiegel, stellen muffige Anarchos fest, daß die Welt morgens um 7 Uhr alles andere als in Ordnung ist. Und dann rennt sie los, die verpennte Ex-Bewegung, mit Fahrrad und U-Bahn und all ihren Ansprüchen von Freiheit und Abenteuer im Hirn.« (*Anagan, Nr.3*)

Dieser passive, verschwiegene Konsens hat unsere Reihen mehr gelichtet, als die Knüppelschläge, Knaststrafen . . . Es sind die »inneren« Niedelagen, die viel mehr verwunden und schmerzen, als die »äußeren« . . . und wenn wir ehrlich sind, ist die Situation der Autonomen innerhalb sozialer Bewegungen noch nie so desolat, orientierungslos und unorganisiert gewesen wie zur Zeit (daran ändern auch die letzten AKW-Schlachten und die fetten Schlagzeilen nichts). Wir sind aus den Hochzeiten der Bewegung nicht gestärkt hervorgegangen, haben uns in unseren Lebensbereichen nicht verankert . . . übrig geblieben ist ein Häufchen von Verschworenen . . . hin und hergerissen zwischen »Hau drauf, Tango« und ungewohnten Selbstfindungsprozessen.

Doch als ob die RAF all das nichts anginge, krönt sie ihre »Analyse« mit der Feststellung: »Die Offensive jetzt ist auch deshalb zur Entscheidungsschlacht geworden, weil die reformistische Variante, Sozialdemokratismus und verdeckter Krieg auf allen Ebenen aufgelaufen ist.« (*Gefangene aus der RAF, April 1985*)

Lebt die RAF noch hier? Womit sind wir als radikales, autonomes oder anrchistisches Spektrum innerhalb sozialer Bewegungen konfrontiert, wenn nicht mit der reformistischen Variante? Wogegen rennen wir denn an — oft mehr aktionistisch als inhaltlich überzeugend — wenn nicht gegen reformistische Strategien innerhalb sozialer Bewegungen? Was ist denn das Konzept der Gewaltfreiheit, wenn nicht das reformistische Programm eines Großteils der Repräsentanten der Bewegung? Warum haben denn diese Vertreter (incl. grüne Parteifunktionäre) einen nach wie vor großen Einfluß auf Inhalte, Vorgehensweisen und Strategien innerhalb des Widerstands?

So sehr die RAF auch den Reformismus, den passiven Konsens mit ihrer Analyse liquidiert sieht, so sehr sind wir damit konfrontiert. Und dort, wo die RAF die Politik gestorben sieht, müssen wir überhaupt erst richtig ansetzen: den passiven Konsens mit diesem Staat politisch massenhaft zu durchbrechen: Vorstellungen, Lebensformen und Strukturen entwickeln, die unseren Bruch nicht nur auf der Demo oder sonntags sondern *jederzeit* spürbar machen!

(. . .) Wer dem Feind mehr Aufmerksamkeit widmet als den sozialen Bewegungen, wer sich am Feind mißt, anstatt an den sozialrevolutionären Ansätzen, wer seine Strategie an der Strategie des Feindes bestimmt und nicht an den Entwicklungsprozessen von Massenbewegungen, wer mehr Worte über die Ziele des Feindes findet und über die eigenen kein einziges Wort (mehr) verliert, der schenkt der Waffe mehr Vertrauen als den Menschen. »Gegengewalt läuft Gefahr zu Gewalt zu werden, wo Brutalität der Polizei das Gesetz des Handelns bestimmt, wo ohnmächtige Wut überlegene Rationalität ablöst, wo der paramilitärische Einsatz der Polizei mit paramilitärischen Mitteln beantwortet wird.« (*Ulrike Meinhof, Mai 1968*)

Doch das ist nicht nur ein Problem der RAF, über das sie zutode stürzt, während wir darüber stolpern. Denn das, was die RAF im Großen macht, wiederholen wir auf niedrigerem Niveau: bei Fighter- und Putzdemos, wo unsere Helden ihre Schlachten und Sympathien gewinnen. Das Scheitern der RAF und unsere Schwäche als autonome Bewegung hat einige gemeinsame Wurzeln:

Allzuoft orientieren sich unsere Widerstandsformen am Vorgehen des Feindes und nicht an unseren eigenen Entwicklungsprozessen und viel zu selten an unseren Utopien und Zielen.

² Allzuoft ist unser Widerstand nur an spektakulären Projekten des Feindes fixiert, anstatt langfristig und weiträumig die soziale und ökonomische Infrastruktur anzugreifen.

³ Nicht selten ersetzen ritualisierte Militanz (schwarze Lederjacke und A-Kappe) und symbolisierte Härte (Holzknüppel und Steine) langfristige Vorbereitungen, effektive Aktionen (ohne viel Lärm und Mediengewitter). Es gibt auch zuviele Autonome, die mann/frau eher an der A-Kappe erkennt, als am solidarischen Umgehen miteinander.

⁴ Auch wir lassen uns viel zu sehr vom Spektakulären blenden (»Schwere, blutige Straßenschlacht«, »Sturm auf . . .«), sonnen uns in einer Wertschätzung, die sie diktieren, anstatt die unter uns mager verteilte Bestätigung und Ermutigung an unsere Wertvorstellungen zu knüpfen. Es gibt gerade unter uns eine Hierarchie der Wertigkeit, die zutiefst reaktionär ist, die die Widersprüchlichkeit zwischen Angsthasen und Furchtlosen, Drückebergern und Frontkämpfern, Wasserträgern und Fightern nicht aufhebt, sondern vertieft und *kult*-iviert. (Vorrang der soldatischen vor den weiblichen Tugenden.)

⁵ Auch wir machen unsere Stärke gelegentlich zu stark und ungenau an den *materiellen* Verlusten des Feindes fest und vergessen dabei, daß die größten Verluste des Feindes die sind, die nicht reparabel und ersetzbar sind.

(. . .) Kaputte Fensterscheiben, brennende Wannen lassen sich ersetzen, aber nicht zerstörte Rechtsgläubigkeit und Staatsloyalität. Neben dem (zer-)störenden Charakter unserer Handlungen müssen wir uns verstärkt nach dem *gewinnenden* Charakter unseres Vorgehens orientieren. Etwas pathetisch gesagt: Es muß uns um die Herzen der Menschen gehen, die wir gewinnen wollen.

Die Entwicklung einer neuen revolutionären Strategie

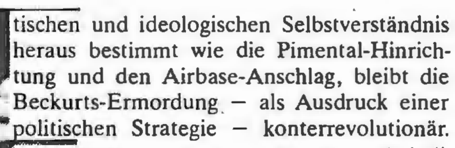
Sicherlich legt die Kritik an der RAF und an uns selbst nahe, an der Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit revolutionärer Strategien überhaupt zu zweifeln. Die Legalisten einer »friedlichen« Veränderung innerhalb des Systems stützen sich ja mit beiden Armen auf das Scheitern der RAF und auf die offensichtliche »Erfolglosigkeit« militanter Strategien der letzten Jahre. Es liegt an uns jenen Repräsentanten etwas entgegenzusetzen, die davon leben, die Entfaltung revolutionärer Strategien zu verhindern, um die Unzufriedenheit für die Modernisierung des Systems abzuschöpfen. Es liegt an uns, über die oft bruchstückhaft geübte Kritik und Selbstkritik hinauszugehen, eigene Vorstellungen von revolutionären Strategien zu entwickeln, die endlich wieder mehr mit uns, unseren Erfahrungen und Phantasien zu tun haben. (. . .)

Es spricht für sich selbst, daß kaum einer von uns »Revolution« mit der BRD verbindet, schon eher mit Südafrika oder Mittelamerika. Vielleicht bis 1972 hatten die Unruhen noch etwas mit Revolution, Umsturz und Sozialismus zu tun . . . Ob wir selbst nicht längst – mehr oder weniger heimlich – revolutionäre Vorstellungen im eigenen Land begraben haben, weil wir von der Aussichtslosigkeit instinktiv überzeugt sind?

All das, was den Befreiungskampf in der 3. Welt ausmacht, fehlt uns anscheinend: ein revolutionäres Volk, der unumstößliche Glaube an die Revolution und den Sieg, Rückzugs-Terrain á la befreite Gebiete usw. (. . .) (Der Artikel deshalb kommt zum Schluß, daß eine militärische Option Selbstmord oder Wahnsinn ist, – denn: man muß nur El Salvador zum Vergleich heranziehen,wo es trotz aller revolutionären Bedingungen nur zum militärischen Patt reicht und die Guerilla auf die *politische und soziale Ausdehnung* setzt; SF)

(Eine revolutionäre Bewegung in der BRD muß sich deshalb) in den Gefühlen, Erfahrungen, Utopien der Menschen und deren Möglichkeiten »frei« bewegen (können. Sie ist) hier in viel stärkerem Maße von den »Freiräumen« abhängig, die die Massenbewegungen ständig schaffen, erhalten und ausdehnen müssen. Eine revolutinäre Strategie müßte *auf jeden Fall* zumindest die Sympathie und Unterstützung derer besitzen, die den Widerstand gegen dieses System tragen (z.B. Anti-Atomanlagen-Bewegung etc.). (Befreite Gebiete in Lateinamerika stellen eine lebendiges Beispiel der Gegengesellschaft vor, dies gewinnt die Sympathien, beantwortet die Frage nach der neuen Lebensweise, Gesellschaftsordnung konkret, nimmt Ängste und Vorurteile, gibt Selbstbewußtsein [– gekürzte inhaltliche Wiedergabe – SF]): Hier ist und wird es nicht anders sein: auch hier sitzt die Angst vor »Anarchie und Chaos« tiefer, als die Angst vor einem ungelebten, versargten Leben. Jede revolutionäre Bewegung hier wird sich das Vertrauen selbst schaffen müssen. Und da es auf absehbare Zeit in der BRD keine exterritorialen »befreite« Gebiete geben wird, müssen wir andere Wege finden, die Keime einer neuen Gesellschaft sichtbar zu machen. Die Strukturen dieser Gegenmacht werden jedenfalls *innerhalb* dieser Gesellschaft liegen, ein »außerhalb« wird es in der allseitig-erschlossenen BRD nicht geben. Umso wichtiger wird hier die *Waffe des eigenen Beispiels* sein, umso entscheidender wird es sein, Strukturen von Gegenmacht innerhalb und über soziale Bewegungen hinaus dauerhaft zu entwickeln. (. . .)

(Ausgangspunkt in der BRD ist auch – aber weniger die materielle Armut, weniger das Klassenbewußtsein [– gekürzte Wiedergabe, SF]. Denn:) Der »klassenlose« Konsum als Lebensersatz und Beweis für Gesellschaftsfähigkeit, der fast völlige Verlust von sozialer Kultur, die neuen Technologien als Lebensprogrammierer, die Ohnmacht selbstbestimmt zu handeln – sie tragen zur Aufrechterhaltung der Ordnung viel wirksamer bei, als die mit offener Gewalt erzwungene Loyalität und Unterordnung. Die ökonomische und politische Stabilität des »Modell Deutschland« zeichnet sich gerade dadurch aus, daß es nicht *gegen* die Menschen, sondern *durch sie hindurch* greift; man regiert nicht gegen die Gewerkschaften, sondern durch sie hindurch, man verbietet nicht die grüne Partei, sondern bindet sie mit ein, man vermeidet offene Gewalt – wo es geht – und gießt sie stattdessen in neue Techniken der Kontrolle, Überwachung und Verfolgung.



Die allseitige Erfassung und Zurichtung erfolgt schon lange nicht mehr nur in der Fabrik bzw. am Arbeitsplatz; der Zugriff erfolgt auf alle unsere Lebensäußerungen und gerade dort, wo wir uns anscheindend unkontrolliert und frei fühlen. Ein Befreiungskampf also, der sich auf die ökonomische und militärische Gewalt fixiert, verharrt und beharrt auf einer historischen Entwicklung, die das Kapital in den Metropolen längst qualitativ überschritten hat. Ein Befreiungskampf hier würde in einem viel stärkeren Maße bedeuten, die soziale Identität, Kultur und Lebensräume und -zusammenhänge zurückzuerobern bzw. neu zu entwickeln. Nicht umsonst können wir mit der Geschichte, Kultur, dem Land BRD nichts oder gar nichts anfangen, während die Befreiungskämpfe in der 3. Welt gerade mit der Geschichte ihres Landes ihre Identität verknüpfen.(»Patria libre o morir«)[Darin dürfte allerdings keineStärke zu finden sein, denn eine Gegenkultur und Widerstand hier, richtet sich ja nicht allein gegen die Regierung, die Macht, sondern auch gegen *dieses Deutschtum* an sich; SF]

Auch müssen wir davon wegkommen, militantes Vorgehen an den *Mitteln* festzumachen, sei's ein Stein, eine A-Kappe, ein Molli oder eine Knarre. Die ganze dämliche Gewaltdiskussion hat offensichtlich auch bei uns Spuren hinterlassen: oft unbewußt und unausgesprochen setzen wir Militanz mit Putz und Randale gleich und reduzieren sie damit selbst auf ihre bürgerliche Interpretation. Doch was schlimmer ist: wir selbst fangen an, die Gewaltfrage zur Trennungslinie unter uns und gegenüber anderen zu machen. Wer »gewaltfrei« ist, hat Schiß und verdient bestenfalls ein mildes, mitleidiges Lächeln; wer dagegen den Zoff mit den Bullen sucht, ist militant, kurzum gut drauf. Doch es geht gar nicht um die Frage, wer »gewaltfreies« oder »gewalttätiges« Vorgehen befürwortet, sondern darum, welches *Ziel* damit verfolgt wird! Wenn wir aber nicht mehr das Ziel zur Trennungs- und Konfrontationslinie mit anderen Teilen der Bewegung machen, dann machen wir uns *selbst* zu dem, wie uns andere allzugerne sehen möchten: Stahlkugelfraktion. Wenn mann/frau uns vorallem an der A-Kappe erkennt und nicht mehr an unseren Zielen, wenn mann/frau sieht, daß wir wie elektrisiert auf jeden Bullen reagieren, anstatt das anzugreifen, was *hinter* Bullenketten geschützt werden soll, dann messen wir uns mit denen, anstatt mit unseren Zielen.



Die »Politik der Liquidation« ist auch eine Frage des Mittels. Sie hat eine Tradition: die der Freicorps in der Weimarer Republik, der SS/SA-Kommandos in der Nazi-Zeit und der Todesschwadronen in Mittel- und Südamerika. *Diese* Tradition lebt noch heute in der faschistoiden Bürgerwehr - und »Kopf ab«-Mentalität anständiger Bürger. Gerade deshalb ist Liquidation nicht eines von vielen Mitteln, (. . .) Denn gerade hier in der BRD, wo das Mittel der Liquidation mehr als faschistoide Lynchjustiz, als als revolutionäre Gegengewalt begriffen wird, müssen wir alles daransetzen, eben nicht mit den Mitteln des Feindes identifiziert und gleichgesetzt zu werden. (. . .)



(Ende des Beitrags, es existiert noch ein Nachtrag zur RAF-Einschätzung nach dem Autonomen-Treffen im August 1986, wobei sich die Diskussion auch um die Beckurts-Ermordung drehte. Ergänzend – und wohl auch auf v. Braunmühls Ermordung beziehbar – wird ausgeführt:) »Wer die Kritik an der RAF-*Politik* teilt und die *Praxis*, die Beckurts-Ermordung Spitze findet, der verleugnet nicht nur das Selbstverständnis der RAF, der bleibt auch inkonsequent und *politisch* wenig glaubwürdig. Denn so lange die RAF die Beckurts-Ermordung aus demselben politischen und ideologischen Selbstverständnis heraus bestimmt wie die Pimental-Hinrichtung und den Airbase-Anschlag, bleibt die Beckurts-Ermordung – als Ausdruck einer politischen Strategie – konterrevolutionär.

Vielleicht aber hat auch die »klammheimliche Freude« vielmehr mit dem *Fehlen einer revolutionären Utopie, mit der fehlenden Hoffnung auf eine »Revolution der Massen« zu tun als mit der RAF*?!. Eine Freude, die aus unserer Schwäche kommt und eben nicht aus unserer Stärke. Wenn wir eh nicht mehr daran glauben, in diesem Land eine Mehrheit für einen revolutionären Prozeß zu gewinnen, dann kann's uns auch scheißegal sein, was sie über dies und jenes denkt – Hauptsache, es erwischt wenigstens auch ein paar von denen. Nach uns die Sintflut . . . Ich denke unsere Freude hat viel mit diesem Gefühl zu tun, ein Gefühl, das gelegentlich auch unsere Aktionen prägt, Hauptsache, es ging gut ab. Mag sein, daß wir eine Revolution hier vergessen können. Vielleicht gerade deshalb ist es wichtig, unsere Vorstellungen und Utopien *jetzt zu leben*, sie gemeinsam zu entwickeln und unser Handeln daran zu messen – gerade dann, wenn wir auf ein schwarz-rotes Morgen nicht zu warten brauchen.

Wir machen es uns zu einfach, wenn wir die Kritik an der »Stahlkugelfraktion« nur jenen zuordnen, die eh ein anderes, sprich reformistisches und legalistisches Ziel oder bereits einen Amtssessel unter'm Arsch haben. Denn diese Kritik haben auch jene, die mit uns ein gemeinsames Ziel teilen, die radikale Veränderung des Systems. Wenn also die Aktiven der *Graswurzelrevolution* und die Pazifisten Schwierigkeiten mit unseren Aktionsformen haben (und nicht wenige Autonome haben das auch, auch wenn wir kaum offen darüber reden – mann/frau macht dann einfach nicht mit), dann wird es höchste Zeit, diese Kritik ernst zu nehmen. Dabei geht es nicht darum, inwieweit der Putz andere gefährdet bzw. andere Aktionsformen defacto ausschließt oder dominiert.

Unsere Selbstkritik müßte vielmehr dort ansetzen, wo das Mittel selbst zum Ziel bzw. dessen Ersatz wird. Denn an einer fundamentalen Schwierigkeit der letzten Jahre kommen wir nicht mehr vorbei: die konkrete Bestimmung dessen, wie wir unserem Ziel näherkommen wollen. Es genügt eben nicht, ein *richtiges Ziel* zu haben, wir müssen auch sagen können, wie wir dorthin kommen. Außer »Hau weg den Scheiß« haben wir kaum etwas an Alternativen geboten bzw. den »Realos« entgegengesetzt. Doch darum geht es, wenn man uns auch an den besseren Argumenten und Vorschlägen erkennen soll.

Klar müßte sein, daß »gewalttätiges« Vorgehen nur *eine* Möglichkeit von vielen darstellt, militant zu handeln. Doch gerade auf Demos erkennt mann/frau uns nicht an der Vielfalt unserer Aktionsformen, sondern an der Einfalt – und das oft schon von weitem!

Der letzte Punkt betrifft die Orte und die Kontinuität unseres Widerstands. Gerade autonome Politik hat sich in den letzten Jahren vorallem an den »Brennpunkten« festgemacht, ob AKW, Internationalismus, Volkszählung etc., wechselten wir das Projekt und das Thema – autonome Feuerwehrpolitik (die Startbahn ist da wirklich eine tolle Ausnahme). Wenn es aber nicht nur um das Projekt gehen soll, sondern gerade auch darum, Zusammenhänge zuschaffen, Strukturen aufzubauen, eine Region unregierbar zu machen, d.h. lebenswert, dann müssen wir uns auch viel langfristiger, kontinuierlicher und alltäglicher engagieren, als wir das bisher getan haben. Die wenigen festen autonomen Zusammenhänge und Gruppen in den einzelnen Städten drücken ja aus, wie aktionsgebunden unsere Strukturen sind und wie selten sie aus einem gemeinsamen Alltag herauswachsen.

Und je weiter die Orte des Widerstands von unserem Alltag entfernt sind, desto *sonntäglicher* wird unser Widerstand. Ein Sonntag macht noch lange keinen Revolutionär, wenn er/sie sich werktags wie ein Arsch verhält.

TERMINE KULTUR TERMINE

DUCKENFELD

Medienberatung und Vermittlung
Initiative Stadtteilkino Altona e.V.
IM OELKERSCAFE
Oelkersallee 64 · 2000 Hamburg 50

Telefon 4393413

am
Samstag, d. 7. März 21.00 Uhr beginnt unsere Mafia
Sonntag, d. 8. März 21.00 Uhr Reihe mit: "Der Fall
Montag , d. 9. März 21.00 Uhr Mattei" Regie: Francesco Rossi, Italien 1971/72, 112 Minuten
Samstag, d.14. März 21.00 Uhr "I-Wie Ikarus"
Sonntag, d.15. März 21.00 Uhr Regie: Henri Verneuil
Montag , d.16. März 21.00 Uhr Frankreich 1979 120 Minuten
Samstag, d.21. März 21.00 Uhr "Lucky Luciano"
Sonntag, d.22. März 21.00 Uhr Regie: Francesco Rosi
Montag , d.23. März 21.00 Uhr Frankreich/Italien 1972/73
Samstag, d.28. März 21.00 Uhr "Peppermint Frieden"
Sonntag, d.29. März 21.00 Uhr Regie: Marianne
Montag , d.30. März 21.00 Uhr Rosenbaum, BRD 1984

LITERATURLABOR

LINDENALLEE 40 2000 HAMBURG 20 TELEFON 435926

SAMSTAG 7.3. 20 UHR: TEXTFORUM
Es liest wer will. Bitte eigene Texte mitbringen.

DONNERSTAG 26.3. 15 UHR : KAFFEEKLATSCH
LITERATUR DIE UNS IN DIE HÄNDE FIEL

Woche für Woche werden wir von Gedrucktem überflutet.

Alte Bücher, Zeitschriften, Gasrechnungen. Ab sofort werden wir (Freunde und Mitarbeiter des Literaturlabors) an jedem letzten Donnerstag des Monats öffentlich vorstellen, was wir gerade lesen bzw. gerade gelesen haben, von der Bäckerblume bis zu Thomas Bernhard. Eintritt frei, Kaffee kostet Geld und guter Rat ist teuer.

DONNERSTAG 26.3. 19-21 UHR : BEGINN SCHREIBSEMINAR
Das besondere an diesem Seminar liegt in der Verbindung von eigenen Schreibexperimenten und der Auseinandersetzung mit experimenteller Literatur des 20. Jahrhunderts. Schwerpukte: Freischreiben-Übungen mit Wort, Bild, Laut, Klang.
11 Veranstaltungen- Einstieg bis Mitte April möglich
Gebühr DM 10,- für die ersten beiden Termine.
DM 50,-/DM 40,-(ermäßigt) für die restlichen Termine.

SAMSTAG 28.3. 20 UHR: RAUS BIST DU NOCH LANGE NICHT
DM 3,-

Elna Schultchen liest eigene Prosa zum Thema Krankheit-Alter- Tod.

WÄHREND DER FRAUENWOCHE, VOM 9.-13.3. IST DAS LITERATURLABOR GESCHLOSSEN.
ANSONSTEN:MO- DO 14- 18 UHR
FR 14- 16 UHR

HAUS FÜR ALLE

Fr., 13.3., 19.00 h
Lesung mit Ihsan Atacan
Erzählungen

So., 29.3., 15.00 h
Film "Fluchtweg nach Marseille"
Dt. Emigration 1940/41 nach Frankreich, angelehnt an das Buch von A. Seghers, "Transit"

Blickwinkel

AMANDASTRAßE 58 2000 HAMBURG 6 TELEFON 431585

Im Haus für Alle im März:
Dienstag 10.3. 20 Uhr
Der Thede-Sampler (Video)
5 Kurzfilme aus der Thedeproduktion:
"HER MIT DEM SCHÖNEN LEBEN"
VON CHRISTIAN BAU, 8 MINUTEN 1986.
"WIEDERSEHEN"
VON DER THEDE ITSELF 17 MINUTEN 1983-86
"LIEBESKUMMER"
VON CH. BAU + JÜRGEN VALLEN 11 MINUTEN 1985
"GIFTSCHRANK"
VON MANFRED OPPERMANN 9 1/2 MINUTEN 1986
"DREI UNTERWASSERSTÜCKE MIT CELLO"
VON NINA RIPPEL 6 MINUTEN (ABER DIE IN FARBE)
1985

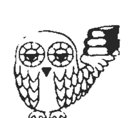
Dienstag 24.3. 20 Uhr:
EIN CUBA ABEND MIT CAROLA GRIMM VON DER DEUTSCH-CUBANISCHEN FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT. SIE ZEIGT DIAS UND STEHT ZUR DISKUSSION BEREIT.

Veranstaltungen zur Frauenwoche

Nur für Frauen !

Eintritt immer nen Zehner

11.3., Fabrik, 21.00 Uhr	Ladies own Musik mit Two Much (Punk - Amsterdam) Vi Subversa & frieds (Punk-Lond.) Les Nanas (New Wave-Paris) Bella (Heavy Metal - Hamburg)
12.3., Pädagogisches Institut, Uni, 19.00 Uhr	Gewaltig geschafft (Cabaret)
13.3., W 3, 20.30 Uhr	Isetseconfus Combo (Percussion) Angelina Akpovo aus Benin (westafrikanische Tänze), Hatshepsut (Jazzimprovisation aus Paris)
14.3., Uni-mensa, ab 19.30	ABSCHLUßFETE September (Rock- Hamburg) Point blank (Rock - Frankfurt)





Wir haben ein neues Fotokopiergerät mit dem auch Vergrößerungen u. Verkleinerungen nach Wunsch möglich sind. Außerdem könnt Ihr 200er bis 1000er Abo's abschließen!

SCHANZENSTR.59 2000 HAMBURG 6
TEL 4396832 (SPIELE) 4300888 (BÜCHER)
MO -DO 9.30-18.00 FR 9.30-18.30 SA 10.00-14.00







Mo bis Fr - 16.oo-o1.oo Uhr
Sa, So - 12.oo-o1.oo Uhr









VINHO VERDE
STATT 8.95 NUR 5.95

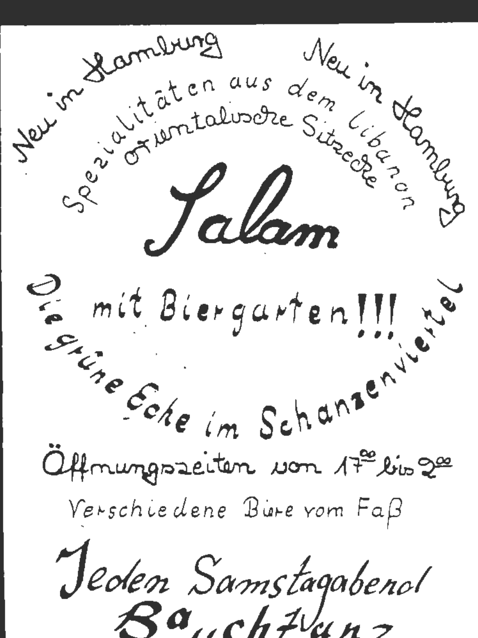
DARJEELING
HIMALAYA-HOCHLAND
1. FLASH
KILO 45 DM

ALLE VÖLKL-SÄFTE

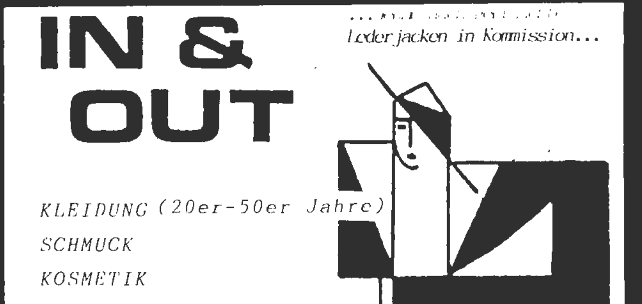








2 Hamburg 6 Neuer Pferdemarkt 19 Tel.



Schulterblatt 78
2 HH 6, T. 435625
Ab 11.00 h

Frauen
Mitfahr
Zentrale
45 05 56

2 Hamburg 13
Grindelallee 43
Sauerberghof

Mo-Fr 10.00-12.30
14.00-18.00
Sa 10.00-13.00 Uhr

★ ADRESSEN ★

Ausländer

Spanischer Elternrat
Margarethenstr. 50
Tel.: 43 20 52
Mo. 16-18 Uhr
Mi. 10-12 Uhr
Fr. 14-19 Uhr

TÜRK DANIS
Ausländerberatungsstelle der AWO
Vereinsstr. 30
Tel.: 439 22 34

HAUS FÜR ALLE
Beratung für deutsche und ausländische Nachbarn
Vereinsstr. 25
Tel.: 43 25 96
Mo.-Do. 14-18 Uhr
Fr. 14-17 Uhr

Arbeitslose

CAFE MÜSSIGGANG
Arbeitslosenzentrum
Lindenallee 31
Tel.: 439 24 66
Mo.-Fr. ab 10 Uhr

Erwerbslosen- und Jobberinitiative
Balduinstr. 22
Tel.: 31 25 26
Di. 10 Uhr Erwerbslosenfrühstück
Di. 19 Uhr Offener Abend

Frauen

Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen
Tel.: 43 35 11
Mo.+Do. 19-22 Uhr (sonst Anrufbeantworterin)

Dolle Deerns e.V.
Juliusstr. 16
Tel.: 439 41 50
tgl. 10-17 Uhr
Mi. 16-18 Uhr (Beratung für sexuell mißbrauchte Mädchen)

Frauen-Selbsthilfeladen
Marktstr. 27
Tel.: 439 53 89
Di. 17-18.30 Uhr
Do. 12-13.30 Uhr

Frauenkneipe
Stresemannstr. 60
Tel.: 43 63 77

Frauenbildungszentrum
Denk(t)räume
Grindelallee 43
Tel.: 45 06 44
Mo.-Do. 13-19 Uhr

Frauenmitfahrzentrale
Grindelallee 43
Sauerberghof
Tel.: 45 05 56
Mo.-Fr. 10-12.30 + 14-18 Uhr

Frieden

Friedensinitiative Schanzenviertel
c/o Peter Hansen
Margarethenstr. 39
Tel.: 439 44 46
Di. 20 Uhr Margarethenkneipe

Haus für Alle

Internationales Stadtteilzentrum im Schanzenviertel
Amandastr. 58
Tel.: 43 15 85
Mo, Di, Do, Fr: 10-13 Uhr
14-16 Uhr
Mi: 14-16 Uhr

Indianer

UNAI
Unterstützungsgruppe für nordamerikanische Indianer
c/o Gertraud Tel.: 43 47 27
c/o Goffy Tel.: 439 75 51

Karolinen-Inis

Karolineninitiativen gegen Sanierungsschäden

Ausländerini
Türkisches Volkshaus
Glashüttenstr. 1
Tel.: 439 13 11

Internationaler Treffpunkt
Karolinenstr. 8
Tel.: 439 36 93 oder
Tel.: 43 23 93 (Pastor Winde)
Do. 19 Uhr

AG Karolinenviertel
(Kinder- u. Jugendarbeit)
c/o Dietmar Schimkat
Grabenstr. 28
Tel.: 439 25 82

Interessenvertreter im Sanierungsbeirat für Künstler
Heiner Studt
Tel.: 439 18 00 o. 47 99 98

Kultur

DUCKENFELD
Initiative Stadtteilkino Altona e.V.
Ölkersallee 64
Tel.: 439 34 13

Kulturverein Schanzenviertel
Margarethenkneipe
Margarethenstr. 33
Tel.: 43 57 11

LITERATURLABOR
Lindenallee 40
Tel.: 43 59 26

Hamburger Erwachsenenbildung
Fruchtallee 7
Tel.: 439 28 82

Medienpädagogisches Zentrum
Thadenstr. 130a
Tel.: 439 72 51
Mo.-Do. 18-19 Uhr

Kinder+Jugend

Kindersorgentelefon
Margarethenstr. 41
Tel.: 43 73 73

Kinderhaus Heinrichstr.
Heinrichstr. 14a
Tel.: 43 39 49

Kinderstube Altona e.V.
Bartelsstr. 65
Tel.: 43 68 55

Kinderglück e.V.
c/o Johanna Michaelis
Beckstr. 4
Tel.: 439 35 15

Kinderwohnhaus Sternschanze
Sternstr. 39
Tel.: 43 76 44

Bauspielplatz im Schanzenviertel
c/o H. Meyer
Tel.: 43 28 19

Freies Kinder- u. Stadtteilzentrum e.V.
Bartelsstr. 7 und 27
Tel.: 439 44 43

Hamburger Elterninitiative Kindergärten und Kindertagesgaststätten
c/o Dagmar Bernhardt
Agathenstr. 2a
Tel.: 410 48 71

HILFE FÜR ALKOHOLGEFÄHRDETE KINDER U. JUGENDLICHE e.V.
Thadenstr. 22
Tel.: 439 21 12

Mieter

Mieterinitiative Schanzenviertel
c/o Thomas Breckner
Weidenallee 45
Tel.: 43 43 23
Mo. 18-20 Uhr Beratung im Stadtteilbüro Margarethenstr. 50

Mieter helfen Mietern
Bartelsstr. 30
Tel.: 439 55 05
Mo.-Do. 10-18 Uhr
Fr. 10-16 Uhr

Mieterinitiative St. Pauli Nord
Wohlwillstr. 28
Di. 18-19 Uhr

Mieterinitiative Karolinenviertel
Sternstr. 39
Di. 20 Uhr

Wohnungslose

Ambulante Hilfe e.V.
Lippmannstr. 59
Tel.: 430 10 09
(Beratung u. Hilfe für Obdachlose)

Parteien

DKP Schanzenpark
c/o Werner Bernhardt
Tel.: 410 48 71

DKP-Gruppe Fettstraße
c/o Ulrike Wurstner
Tel.: 439 86 07

DKP Schulterblatt
c/o Dieter Wilde
Tel.: 43 26 15

GAL-Büro
Bartelsstr. 30
Tel.: 439 29 91 +
439 54 16

GAL-Stadtteilgruppe Schanzenviertel
Mo. 20 Uhr (Haus f. Alle)

GAL-Eimsbüttel
Müggenkampstr. 30a
Tel.: 40 40 10
jeden 1. Fr. 18 Uhr Neuentreff

GAL-Stadtteilgruppe St. Pauli
Neuer Pferdemarkt 30
Tel.: 43 88 49
Termine erfragen

Sozialistisches Büro III
Altonaer Str. 28
Tel.: 43 32 89
jeden 1. Mi. 18-20 Uhr

Schanzenrasseln

SCHANZENRASSELN
- alt bis jung -
jeden 2. Sa. ab 16 Uhr Kaffeetrinken u. Klönsnack mit Filmen und Dias im Kulturverein Margarethenkneipe;
jeden Fr. 14-17 Uhr im Stadtteilbüro Margarethenstr. 50

Schwule

GAL-Fachgruppe Rosa Biber
Bartelsstr. 30
Tel.: 439 29 91
Mo. 19.30 Uhr

Schwusel
c/o Tuc-Tuc
Ölkersallee 5
Tel.: 43 46 47
Do. 19-21 Uhr

Staatsmacht

Bürger beobachten die Polizei
Weidenstieg 17
Tel.: 40 03 46
Do. 18-20 Uhr

Ini gegen den Überwachungsstaat
Mo. 20 Uhr
Kinderzentrum Bartelsstraße 7

Mikrozensus-Initiative
Di. 20 Uhr
Kinderzentrum Bartelsstr. 7

Anwaltlicher Notdienst
Tel.: 29 39 39
Mo.-Fr. 18- 8 Uhr
Sa.+So. 0-24 Uhr

Umwelt

Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU)
Weidenstieg 17
Tel.: 40 03 46

Robin Wood
Neernstweg 32
Tel.: 390 95 56

Anti-AKW-Ini Schanzenviertel
Di. 20 Uhr (Haus f. Alle)

Bürger gegen Tierversuche
Bartelsstr. 11
Tel.: 439 11 11

Antimil

Deutsche Friedensgesellschaft Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK)
Amandastr. 58
Tel.: 43 20 05
KDV-Beratung: Di. 20 Uhr

Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZL)
KDV-Beratung
Mi. 20 Uhr
ESG, Grindelallee 9 II. Stock

LIBERTÄRES ZENTRUM
Lagerstr. 27
Tel.: 430 13 96

F.A.U. (Anarchosyndikalisten)
Do. 16.30-18.30 Uhr

Anarchistisches Frauencafe
So. ab 15 Uhr

Infos über das Zentrum
Bücherverkauf
Mi. 16.30-19.30 Uhr

Zeitung

Stadtteilzeitung
'SCHANZENLEBEN'
c/o 'Die Druckerei'
Schanzenstr. 59
Tel.: 430 08 88

Impressum

Schanzenleben erscheint monatlich

Verleger: Schanzenleben-Kollektiv, sernaft in Schanzenviertel

Druck: Schwarzweiß-Druck & Co.

Verantwortlicher Redakteur i.S.d.bin. PG Michael Schanze

(Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung)

Zentraladresse für Manuskripte, Leserbriefe, Fotos, Kleinanzeigen, Termine:
Initiative Stadtteilzeitung
"SCHANZENLEBEN"
c/o Die Druckerei
Schanzenstraße 59

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Gewähr (Rückporto beilegen).

